



Nicht-finanzieller Bericht (CSR-Bericht)

Berichtsjahr: 2021

Öffentliche Sachversicherung Braunschweig



Vorwort des Vorstandes

Liebe Leserinnen und Leser,

der Rückblick auf das vergangene Jahr ist geprägt von besonderen Umständen: Ein zweites Jahr, das wesentlich bestimmt gewesen ist von der Pandemie. Von einem Virus, das in Variationen überall auf der Welt für schwierige Zustände sorgt. Auch in unserem Geschäftsgebiet, dem alten Braunschweiger Land, waren und sind die Auswirkungen deutlich zu spüren. Mit ganzen Branchen, die keine Verdienstmöglichkeiten mehr haben, Unsicherheiten bei der Betreuung von Kindern sowie der gesundheitlichen Versorgung und vielem mehr. Und selbstverständlich sind es vor allem die persönlichen Schicksale, die uns bewegen. Was Sie hier vor sich haben, ist – nicht nur vor diesem Hintergrund – für uns alles andere als ein Pflichtbericht. CSR, das steht für "Corporate Social Responsibility" – Nachhaltigkeit in allen ihren Facetten und unterschiedlichen Ausprägungen. Denn soziale Verantwortung ist für uns als regionaler Versicherungspartner unsere Unternehmens-DNA, die seit fast 270 Jahren eng mit dem Braunschweiger Land verbunden ist.

Wir versuchen, diese Verantwortung täglich zu leben. Durch unsere Sponsorings, durch unser seit Jahren nach EMAS zertifiziertes Umweltmanagement, durch eine nachhaltige und alle Bereiche umfassende Kapitalanlagestrategie, durch rund 140 Geschäftsstellen überall im Geschäftsgebiet, durch jeden einzelnen Menschen, den wir individuell unterstützen und absichern. Und durch jeden Einzelnen, der bei der Öffentlichen seine berufliche Heimat gefunden hat – auch im Jahr 2021 sind beispielsweise neun Auszubildende bei uns erfolgreich in ihre Karriere gestartet. Wir hoffen, dass Sie beim Lesen dieses Berichtes spüren können, wie überzeugt wir von der Notwendigkeit eines gemeinsamen nachhaltigen Handelns sind.

Unsere Verantwortung besteht für uns auch darin, nicht nur auf Schadenssituationen, sondern auch auf besondere Gegebenheiten schnell, unkompliziert und persönlich reagieren zu können. Das betrifft unsere Kundinnen und Kunden ebenso wie die gesamte Region. Wir versuchen daher seit über zwei Jahren, mit immer neuen Ideen und Maßnahmen zu helfen und zu unterstützen: Mit der Aktion "Du für Braunschweig" haben wir freiwillige Helferinnen und Helfer für die Herausforderungen der Pandemie gesucht und gefunden. Mit dem Projekt "THE ART OF" haben wir regionale Künstlerinnen und Künstler unterstützt, denen ihre Auftrittsmöglichkeiten genommen worden sind.

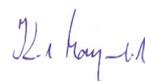
Mit Unterstützungsaktionen für Pflegepersonal und Impfzentren sowie einer Großspende haben wir die Aktionen des Kinderschutzbundes unterstützen können und vieles mehr. Übrigens sogar über die Region hinaus im Austausch mit unseren Kolleginnen und Kollegen in ganz Deutschland: Um die von der Flutkatastrophe betroffenen Einwohner des Ahrtals zu unterstützen, haben auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Öffentlichen aus Braunschweig bei der Aufnahme von Schäden vor Ort geholfen. Mit dem Anspruch, eine Stütze für die gesamte Region, ihre Wirtschaft, vor allem aber ihre Bewohnerinnen und Bewohner zu sein, sind wir 1754 gegründet worden: CSR ist für uns nicht bloß eine Abkürzung – es ist der Grund, weshalb es die Öffentliche Versicherung Braunschweig überhaupt gibt.

Auf dem weiteren Weg unterstützt uns seit 1. Januar 2022 Marc Knackstedt als neues Vorstandsmitglied. Wir freuen uns besonders darüber, ein waschechtes "Kind der Region" gewonnen zu haben: Er ist nicht nur durch seine bisherigen Aufgaben bei der NORD/LB und unserem Partner, der Braunschweigerischen Landessparkasse, bestens in der Region vernetzt. Sein Schwerpunkt liegt zudem auf der Unterstützung und Förderung der regionalen Wirtschaft, was besonders gut zu uns als Partner der Region passt. Wir sind uns sicher, dass Marc Knackstedt mit seinem Engagement und seiner Erfahrung eine große Bereicherung für die Öffentliche sein wird.

Wir können nur hoffen, dass es in diesem Jahr durch Impfungen, Medikamente und andere, vielleicht aktuell noch gar nicht denkbare, Entwicklungen zu einer deutlichen Besserung der Situation kommen wird. Dass wir durch gemeinsames, vorausschauendes und – in sämtlichen Bedeutungen dieses komplexen Begriffes – nachhaltiges Handeln gemeinsam einen Unterschied machen werden. Auf uns können Sie dabei immer zählen. Vielen Dank dafür, dass Sie auch in dieser besonders herausfordernden Zeit Interesse an der Öffentlichen Versicherung Braunschweig haben und uns als Kundinnen und Kunden, Partnerin oder Partner oder an anderer Stelle begleiten. Wir wünschen Ihnen Zuversicht, Sicherheit und Gesundheit!

Ihre

Knud Maywald | Marc Knackstedt | Dr. Alexander Tourneau



(Vorsitzender
des Vorstandes)



(Mitglied des
Vortandes)



(Mitglied des
Vorstandes)



Nicht-finanzieller Bericht (CSR-Bericht)

Öffentliche Sachversicherung Braunschweig

Daten & Fakten

Berichtsjahr: 2021

Dieser Bericht folgt dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) und dem Leistungsindikatoren-Set Global Reporting Initiative Standards (GRI SRS, weitere Informationen auf www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de, Stand: 25. Oktober 2021). Die **wesentlichen Risiken nach dem CSR-RUG** sind unter 2. Wesentlichkeit aufgelistet. Angaben zur **EU-Taxonomie** finden Sie unter 20. Gesetzes- und richtlinienkonformes Verhalten.

Dieser Bericht entspricht der **nicht-finanziellen Erklärung für die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig** nach §§ 289b ff. HGB. Der Bericht umfasst auch die Öffentliche Facility Management GmbH als 100%ige Tochterfirma der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig.

Den Lagebericht bzw. Geschäftsbericht finden Sie über den Bundesanzeiger oder unter: <https://www.oeffentliche.de/content/oeffentliche/geschaeftsbericht-sfcr/>. Unter dieser Adresse finden Sie auch den aktuellen nicht-finanziellen Bericht sowie ein Archiv aller bisherigen Berichte.

Dieser nicht-finanzielle Bericht wurde durch die Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft mit Hauptsitz in der Domstraße 15, 20095 Hamburg, mit begrenzter Sicherheit (limited) geprüft.

Verwendete Links

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte der in diesem Bericht verwendeten externen Links; für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Die Links sind nicht Gegenstand der Prüfung gewesen.

Kontakt

Öffentliche 

Öffentliche Versicherung Braunschweig
Unternehmenskommunikation
Sebastian Heise
Theodor-Heuss-Straße 10
38122 Braunschweig
Telefon 05 31/2 02-14 49
Fax 05 31/2 02-33 14 49

Urheber der im Bericht verwendeten Fotos

Öffentliche Versicherung Braunschweig
Thomas Gasparini
Lucas Bubenitschek

Inhaltsverzeichnis

20 Nachhaltigkeitsthemenfelder, 29 Indikatoren

(KPI = Key Performance Indicator / Leistungsindikator)

Einführung

• Inhalte der Leistungsindikatoren	7
• Allgemeine Informationen	8

Kriterien 1–10: Nachhaltigkeitskonzept

Kriterien 1–4 zu Strategie

• 1. Strategische Analyse und Maßnahmen	12
• 2. Wesentlichkeit	13
• Wesentliche Risiken nach dem CSR-RUG.....	14
• 3. Ziele	15
• 4. Tiefe der Wertschöpfungskette	16

Kriterien 5–10 zu Prozessmanagement

• 5. Verantwortung	18
- KPI: SRS-102-16	18
• 6. Regeln und Prozesse	19
• 7. Kontrolle	20
• 8. Anreizsysteme	21
- KPI: SRS-102-35	21
- KPI: SRS-102-38	21
• 9. Beteiligung von Anspruchsgruppen	22
- KPI: SRS-102-44	22
• 10. Innovations- und Produktmanagement	23
- KPI: G4-FS11	23

Kriterien 11–20: Nachhaltigkeitsaspekte

Kriterien 11–13 zu Umweltbelangen

• 11. Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen	27
• 12. Ressourcenmanagement	29
- KPI: SRS-301-1	29
- KPI: SRS-302-1	29
- KPI: SRS-302-4	29
- KPI: SRS-303-3	30
- KPI: SRS-306-2	30
- Übersicht Umweltleistungen	30
• 13. Klimarelevante Emissionen	31
- KPI: SRS-305-1	31
- KPI: SRS-305-2	31
- KPI: SRS-305-3	31
- KPI: SRS-305-5	31

Kriterien 14–20: Gesellschaft

14–16 zu Arbeitnehmerbelangen

◉ 14. Arbeitnehmerrechte	32
◉ 15. Chancengleichheit	33
◉ 16. Qualifizierung, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz	35
- KPI: SRS-403-4	35
- KPI: SRS-403-9	36
- KPI: SRS-403-10	36
- KPI: SRS-404-1	36
- KPI: SRS-405-1	37
- KPI: SRS-406-1	38

17 zu Menschenrechten

◉ 17. Menschenrechte	39
- KPI: SRS-412-3	39
- KPI: SRS-412-1	39
- KPI: SRS-414-1	39
- KPI: SRS-414-2	39

18 zu Soziales/Gemeinwesen

◉ 18. Gemeinwesen	40
- KPI: SRS-201-1	41

19–20 zu Compliance

◉ 19. Politische Einflussnahme	42
- KPI: SRS-415-1	42
◉ 20. Gesetzes- und richtlinienkonformes Verhalten	43
- KPI: SRS-205-1	45
- KPI: SRS-205-3	45
- KPI: SRS-419-1	45
◉ Angaben zur EU-Taxonomie.....	46
◉ Feststellung des Aufsichtsrates	48
◉ Vermerk des unabhängigen Wirtschaftsprüfers.....	49

Inhalte der Leistungsindikatoren

Prozessmanagement

- SRS-102-16: Werte, Prinzipien, Standards und Verhaltensnormen der Organisation
- SRS-102-35: Vergütungspolitik für das höchste Kontrollorgan und die leitenden Führungskräfte
- SRS-102-38: Das Verhältnis der Jahresgesamtvergütung für die Person mit dem höchsten Gehalt der Organisation in jedem Land mit wichtigen betrieblichen Aktivitäten im Vergleich zum mittleren Niveau (Median) der Jahresgesamtvergütung aller Angestellten (mit Ausnahme der Person mit dem höchsten Gehalt) im gleichen Land
- SRS-102-44: Wichtigste Themen und Anliegen, die durch die Einbindung der Stakeholder aufgekommen sind
- G4-FS11: Prozentsatz der Finanzanlagen, die eine positive oder negative Auswahlprüfung nach Umwelt- oder sozialen Faktoren durchlaufen

Umweltbelange

- SRS-301-1: Materialien nach Gewicht oder Volumen
- SRS-302-1: Energieverbrauch innerhalb der Organisation
- SRS-302-4: Verringerung des Energieverbrauchs
- SRS-303-3: Gesamtwasserentnahme nach Quellen
- SRS-306-2: Gesamtgewicht des Abfalls nach Art und Entsorgungsmethode
- SRS-305-1: Direkte THG-Emissionen
- SRS-305-2: Indirekte energiebezogene THG-Emissionen
- SRS-305-3: Weitere indirekte THG-Emissionen
- SRS-305-5: Reduzierung der THG-Emissionen

Arbeitnehmerbelange

- SRS-403-4: Mitarbeiterbeteiligung zu Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
- SRS-403-9: Arbeitsbedingte Verletzungen
- SRS-403-10: Arbeitsbedingte Erkrankungen
- SRS-404-1: Durchschnittliche Stundenzahl für Aus- und Weiterbildung, die die Angestellten einer Organisation während des Berichtszeitraums aufgewendet haben, nach Geschlecht und Angestelltenverhältnis
- SRS-405-1: Zusammensetzung der Kontrollorgane und Aufteilung der Mitarbeiter nach Mitarbeiterkategorie in Bezug auf Geschlecht, Altersgruppe, Zugehörigkeit zu einer Minderheit und andere Diversitätsindikatoren
- SRS-406-1: Gesamtzahl der Diskriminierungsvorfälle und ergriffene Abhilfemaßnahmen

Menschenrechte

- SRS-412-3: Gesamtzahl und Prozentsatz der signifikanten Investitionsvereinbarungen und -verträge, die Menschenrechtsklauseln enthalten oder unter Menschenrechtsaspekten geprüft wurden
- SRS-412-1: Gesamtzahl und Prozentsatz der Geschäftsstellen, die im Hinblick auf Menschenrechte oder menschenrechtliche Auswirkungen geprüft wurden
- SRS-414-1: Prozentsatz neuer Lieferanten, die anhand von sozialen Kriterien überprüft wurden
- SRS-414-2: Lieferanten und soziale Auswirkungen

Soziales/Gemeinwesen

- SRS-201-1: Direkt erwirtschafteter und verteilter wirtschaftlicher Wert

Compliance

- SRS-415-1: Parteispenden
- SRS-205-1: Gesamtzahl und Prozentsatz der Geschäftsstandorte, die im Hinblick auf Korruptionsrisiken hin geprüft wurden, und ermittelte erhebliche Risiken
- SRS-205-3: Bestätigte Korruptionsfälle und ergriffene Maßnahmen
- SRS-419-1: Monetärer Wert signifikanter Bußgelder und Gesamtzahl nicht monetärer Strafen wegen Nichteinhaltung von Gesetzen und Vorschriften

Die **wesentlichen Risiken mit Bezug auf Nachhaltigkeit** nach dem CSR-RUG finden Sie unter 2. Wesentlichkeit auf Seite 14.

Angaben zur EU-Taxonomie finden Sie nach 20. Gesetzes- und richtlinienkonformes Verhalten auf Seite 46.

Allgemeine Informationen

Die Öffentliche Versicherung Braunschweig, 1754 von Herzog Carl I. als Landesbrandversicherungsanstalt gegründet, begleitet als moderner Versicherungsdienstleister rund 350.000 Privat- und Firmenkunden – und damit rund die Hälfte aller Einwohner ihres Geschäftsgebietes – mit insgesamt über 1,2 Millionen Verträgen (davon rund 1,1 Million bei der Sachversicherung).

Das Geschäftsgebiet der Öffentlichen Versicherung Braunschweig (im Folgenden auch „Öffentliche“ genannt) ist das alte Braunschweiger Land: Mit rund 140 Versicherungsfilialen, in denen ca. 500 Personen für eine professionelle Beratung zur Verfügung stehen, garantiert der regionale Versicherer bestmögliche Erreichbarkeit überall in der Region. Rund 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind darüber hinaus für die Öffentliche und ihre Tochtergesellschaft, die Facility Management GmbH, im modernen Verwaltungsgebäude an der Theodor-Heuss-Straße in Braunschweig beschäftigt. Weitere Standorte sind die vier Bezirksdirektionen, die sich auf das Geschäftsgebiet aufteilen. Zusätzliche Angebote, die den Kundinnen und Kunden online zur Verfügung stehen, runden den Service ab.

Die Gruppe Öffentliche Versicherung Braunschweig (bestehend aus der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig und der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig) erzielt jährlich Beitragseinnahmen von etwa 455 Millionen Euro und verwaltet ein Kapitalanlagevermögen in Höhe von etwa 3,5 Milliarden Euro zu Marktwerten (davon ca. 1.091 Millionen Euro für die Sachversicherung). Rechtsform der beiden Versicherer ist dabei die Anstalt öffentlichen Rechts – sie betreiben ihr Geschäft satzungsgemäß im Interesse ihrer Versicherungsnehmer und des gemeinen Nutzens. Daher ist Gewinnerzielung nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes und erwirtschaftete Gewinne kommen den Kunden beziehungsweise der Öffentlichkeit zu großen Teilen direkt oder indirekt durch Ausschüttung an die Träger zu Gute. Träger der beiden Versicherungsanstalten sind die NORD/LB (75 Prozent), der Niedersächsische Sparkassenverband mit 12,5 Prozent und das Land Niedersachsen sowie die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz mit

jeweils 6,25 Prozent der Trägerrechte an den Versicherungsunternehmen. Die Geschäftsführung der Öffentlichen besteht aus einem dreiköpfigen Vorstand. Von April bis Dezember 2021 wurde sie auf Grund des Ausscheidens eines Vorstandsmitgliedes von zwei Personen ausgeführt (beide männlich). Ab 1. Januar 2022 besteht der Vorstand wieder aus drei Mitgliedern (alle männlich) sowie einer Generalbevollmächtigten (weiblich).

Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig umfasst folgende Tochterfirmen:

- **die Öffentliche Facility Management GmbH (FM)**
Dienstleistungen rund um die Immobilienverwaltung und -vermietung, Büroservices sowie Catering und Veranstaltungen
- **die Braunschweig-Beteiligungs-GmbH**
bündelt Beteiligungen der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig. Zum Beteiligungsportfolio gehörte in 2021 die Deutsche Rückversicherungs AG

Die Braunschweig-Beteiligungs-GmbH verfügt über keine eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Alle Töchter sind im Gebäude der Öffentlichen Versicherung Braunschweig in der Theodor-Heuss-Straße 10 in Braunschweig angesiedelt.

Geschäftsbereiche und Regionen

Öffentliche Sachversicherung Braunschweig



Das Geschäftsgebiet der Öffentlichen Versicherung Braunschweig beschränkt sich auf das Gebiet des ehemaligen Herzogtums Braunschweig. Diese Fokussierung führt zu einem hohen Identifikationsgrad und einer starken Marktdurchdringung. Die regionale Verwurzelung ermöglicht es, die Kundenbedürfnisse durch die Bereitstellung eines umfassenden, sorgfältig ausgewählten Angebots finanzieller Dienstleistungen bedarfsgerecht zu bedienen.

Die Sachversicherung erzielt Beitragseinnahmen von jährlich rund 283 Millionen Euro und verwaltet rund eine Milliarde Euro Kapitalanlagen. Die Schwerpunkte liegen auf den Bereichen Kfz-Versicherung, Wohngebäudeversicherung, Hausrat- sowie Haftpflicht- und Unfallversicherung. Schutz vor Naturereignissen bietet die Öffentliche in Form einer Elementarschadenversicherung an. Den größten Anteil an den regulierten Schäden macht die Kfz-Sparte aus. Der Marktanteil der Öffentlichen liegt bei spartenübergreifend 37,1 Prozent in ihrem Geschäftsgebiet (Stand: 31.12.2017).

In 2021 waren durchschnittlich 574 aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig beschäftigt (darunter im Schnitt elf Auszubildende). Zur genauen Aufteilung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gruppen siehe Kapitel 16.).

Das Produktportfolio der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig besteht aus folgenden Versicherungszweigen:

Tabelle: Detaillierte Auflistung der Versicherungszweige der Öffentlichen Sachversicherung im Berichtsjahr

Selbst abgeschlossenes Geschäft (saG)
Allgemeine Unfallversicherung
Allgemeine Haftpflichtversicherung
Kraftfahrtversicherung (Haftpflicht, Fahrzeug, Unfall)
Feuerversicherung (Industrie, Landwirtschaft, Sonstige)
Einbruchdiebstahlversicherung
Leitungswasserversicherung
Sturmversicherung
Glasversicherung
Verbundene Hausratversicherung
Verbundene Wohngebäudeversicherung
Elektronikversicherung
Extended Coverage-Versicherung
Ertragsausfallversicherung
Bauleistungsversicherung
Schutzbrief
Cyberversicherung (DigitalSchutz, Cyber-Gewerbe)
Sonstige Sachversicherung (Spinsafe, 4gewinnt)
In Rückdeckung übernommenes Geschäft
Allgemeine Unfallversicherung
Allgemeine Haftpflichtversicherung
Verkehrshaftungsversicherung
Feuerversicherung
Einbruchdiebstahlversicherung
Leitungswasserversicherung
Sturmversicherung
Hagelversicherung
Verbundene Hausratversicherung
Verbundene Wohngebäudeversicherung
Elektronikversicherung
Extended Coverage-Versicherung
Ertragsausfallversicherung
Bauleistungsversicherung
Ausstellungsversicherung
Betriebsschließungsversicherung
Maschinenversicherung
Montageversicherung
Elementarschadenversicherung
Seuchen-Betriebsunterbrechungsversicherung
Lebensversicherung (LöwenRente Garant+)
Restkreditversicherung
Transportversicherung
Terrorversicherung

Öffentliche Facility Management GmbH



Die Öffentliche Facility Management GmbH ist eine 100-prozentige Tochter der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig und steht in deren Tradition. Mit der Öffentlichen Sachversicherung ist ein Gewinnabführungsvertrag vereinbart. Die Geschäftsfelder erstrecken sich über die Facility Management-Dienstleistungen und das Immobilienmanagement im Konzern sowie für externe Kunden bis hin zu sonstigen Dienstleistungen wie dem Handwerker-Netzwerk-Service (siehe 4. Tiefe der Wertschöpfungskette). Mit qualifiziertem Personal und moderner Technik werden sämtliche Sekundärprozesse der Kunden gestaltet. Das Unternehmen ist zudem für die Bewirtschaftung zahlreicher eigener und fremder Immobilienbestände verantwortlich. Außerdem gehören ein selbst betriebenes Betriebsrestaurant sowie ein hausinterner Post- und Dokumentenservice zum Service der Facility Management GmbH.

2021 waren im Schnitt 61 aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, inklusive drei Auszubildenden, für das Unternehmen tätig (zur genauen Aufteilung der Mitarbeiter in Gruppen siehe Kapitel 16.). Mit ständiger Weiterqualifizierung des bestehenden Personals sowie einem professionellen Einstellungsmanagement werden langfristig die Qualitätsstandards gesichert. Das Unternehmen wird im Rahmen des Qualitätsmanagements (DIN EN ISO 9001) regelmäßig bewertet.

Erläuterungen zum Aufbau dieses Berichtes

Diesem Bericht liegen der Deutsche Nachhaltigkeitskodex beziehungsweise das Indikatoren-Set GRI SRS zu Grunde. Die wesentlichen Risiken nach dem CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz sind unter 2. Wesentlichkeit aufgeführt. Angaben zur EU-Taxonomie finden Sie im Anschluss an Kapitel 20. Berücksichtigung findet auch die Öffentliche Facility Management GmbH als Tochterfirma der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig. Wo die Kennzahlen voneinander abweichen, sind, falls möglich, sowohl Angaben zur Öffentlichen Sachversicherung als auch zur Facility Management GmbH in diesem Bericht enthalten. Die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig ist nicht berichtspflichtig, da sie die Bedingung von 500 Mitarbeiterinnen beziehungsweise Mitarbeitern nicht erfüllt. Die Aussagen und Angaben dieses Berichtes, wenn nicht anders angegeben, können aber auch auf die Öffentliche Lebensversicherung und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übertragen werden.

Besondere Herausforderung im Geschäftsjahr 2021: Die Corona-Pandemie

Das Jahr 2021 wurde wie das Vorjahr sehr stark durch die weltweite Corona-Pandemie geprägt. Ein regelmäßig und nach Bedarf tagender Notfallstab hat die Situation für die Öffentliche regelmäßig bewertet und entsprechende Maßnahmen ergriffen, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Kundinnen und Kunden so gut wie möglich schützen zu können. Als wesentliche Maßnahmen zählen hierzu die Umsetzung eines umfangreichen Hygienekonzeptes, die Einrichtung einer Teststation mit einem lokalen Anbieter und die Durchführung von Corona-Impfungen durch den Betriebsarzt, durch die rund 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Angehörige einen Impfschutz erhalten haben.

Insbesondere in den Monaten Januar bis Mai und Oktober bis Dezember stand schwerpunktmäßig die Aufrechterhaltung des Betriebes im Fokus. Durch die vorhandene Infrastruktur und der im Jahr 2020 zusätzlich angeschafften Hard- und Software konnten in den Phasen des Lockdowns und der Homeoffice-Pflicht der Servicelevel und die Betriebssicherstellung auf hohem Niveau gehalten werden. Zu Spitzenzeiten haben rund 580 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (etwa 85 Prozent) die Möglichkeit des mobilen Arbeitens genutzt.

Die Öffentliche Sachversicherung hat für die angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Kurzarbeit in Anspruch genommen. Auch die Versorgung der Kunden konnte die Öffentliche sowohl in der Direktion als auch in den Geschäftsstellen unter den jeweils aktuellen Regeln der Corona Verordnung dauerhaft sicherstellen, mindestens durch eine telefonische beziehungsweise digitale Erreichbarkeit.

Mit diversen Aktionen und Spenden hat die Öffentliche die Region gezielt vor dem Hintergrund der Pandemie unterstützt. Beispiele für diese Maßnahmen finden Sie unter 18. Gemeinwesen.

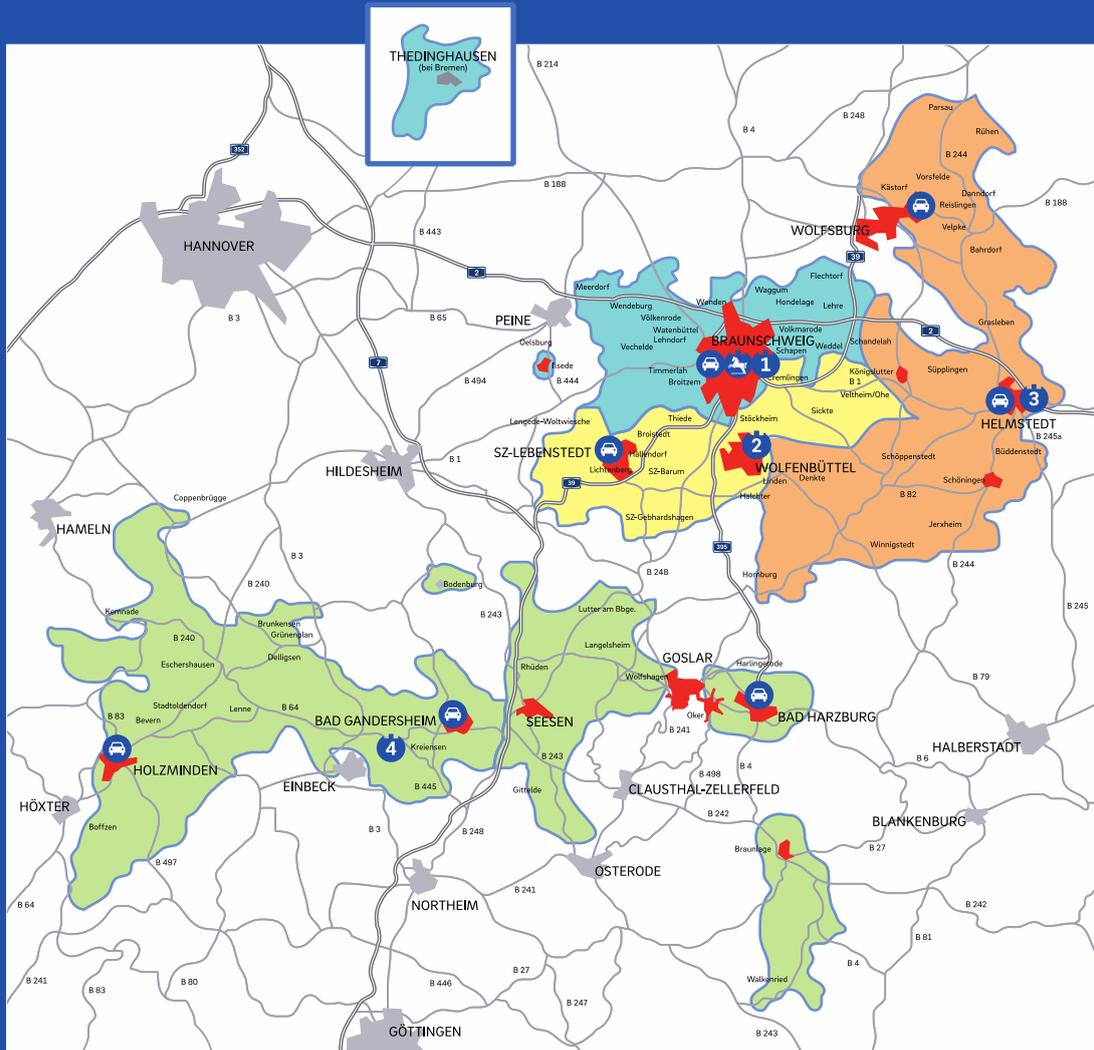
Weiterführende Informationen

Eine ausführliche Unternehmensdarstellung ist unter www.oeffentliche.de zu finden, zur Facility Management GmbH siehe www.oeffentliche-fm.de.

Download Geschäftsbericht und SFCR-Berichte der Öffentlichen Sach- und Lebensversicherung Braunschweig

<https://www.oeffentliche.de/content/oeffentliche/geschaeftsbericht-sfcr/>

Das Geschäftsgebiet der Öffentlichen Versicherung Braunschweig und dessen organisatorische Aufteilung in 2021 im Überblick:



Geschäftsgebiet

Zentrale Braunschweig	
Schaden-Schnell-Services	
Bezirksdirektion Braunschweig	1 Theodor-Heuss-Str. 10 38122 Braunschweig
Bezirksdirektion Wolfenbüttel-Salzgitter	2 Neue Straße 40 38300 Wolfenbüttel
Bezirksdirektion Helmstedt-Wolfenbüttel	3 Max-Planck-Weg 7b 38350 Helmstedt
Bezirksdirektion Bad Harzburg-Holzminde	4 Wilhelmstraße 21/23 37574 Einbeck OT Kreiensen

1. Strategische Analyse und Maßnahmen

Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig wird ihrer Verantwortung gerecht – mit einer langfristigen Strategie „Offensive 2030“, die auf aktuelle Anforderungen reagiert und den Unternehmenserfolg nachhaltig sichert, sowie einem Umweltmanagementsystem, das die Stellschrauben zur Schaffung einer klimaneutralen Gesellschaft bedient.

Da Versicherung grundsätzlich ein langfristiges, von Vertrauen geprägtes, Geschäft ist und die Öffentliche ein regionaler, aus einer lokalen Bedürfnissituation entstandener, Versicherer ist, betrachtet die Öffentliche die Prinzipien „Langfristigkeit“, „Gemeinwohlorientierung“ und „Nähe“ als Werte, die ideal zum Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung passen: Als regionales, öffentlich-rechtliches Unternehmen in Trägerschaft hat die Öffentliche für die Zukunft des ausschließlichen Geschäftsgebietes eine Verantwortung – den Kunden, aber auch der (sozialen) Umwelt gegenüber. Die Öffentliche versteht Nachhaltigkeit und den CSR-Gedanken nach dem Drei-Säulen-Modell, nach dem Ökologie, Soziales und Wirtschaftlichkeit gleichrangig nebeneinander stehen. Sofern nicht anders vorgegeben, schließt dies also auch den Aspekt Langfristigkeit in der (generationenübergreifenden) Kundenbeziehung mit ein.

Zukunftsstrategie „Offensive 2030“

Im März 2016 hat der Vorstand der Öffentlichen das Strategiepapier „Offensive 2030“ verabschiedet: Die langfristige Strategie reagiert auf die Herausforderungen durch den demografischen, technischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel, denen das Unternehmen beziehungsweise die gesamte Branche ausgesetzt sind.

Die Strategie „Offensive 2030“ orientiert sich an der Satzung der Öffentlichen Versicherung Braunschweig, die als Geschäftszweck den Betrieb von Schaden-, Unfall- und Lebensversicherung definiert. Die Öffentliche leitet aus ihrem Satzungsauftrag gleichzeitig die Verpflichtung ab, sich für die Bürgerinnen und Bürger, das Gewerbe, die öffentlichen Institutionen sowie die Gesellschaft in ihrem Geschäftsgebiet einzusetzen. Die vom Vorstand verabschiedeten Maßnahmen der „Offensive 2030“ sollen langfristig für die wirtschaftlichen Voraussetzungen sorgen, die notwendig sind, um diesen satzungsgemäßen Auftrag erfüllen und damit eine langfristig ausgerichtete

Geschäftspolitik im Interesse der Kundinnen und Kunden sowie der Bürgerinnen und Bürger der Region verfolgen zu können.

Aus der „Offensive 2030“ leiten sich konkrete Maßnahmen ab, zum Beispiel:

- Die Digitalisierung gehört zu den wesentlichen Schwerpunkten der „Offensive 2030“. Bereits umgesetzt wurde u.a. ein neues Kundenportal, über das der Kunde beispielsweise selbst Schäden anlegen und viele Services rund um die Uhr und teilweise vollautomatisch nutzen kann.
- Service vor Ort: Neben den Investitionen in die digitale Erreichbarkeit bleibt auch die hohe Dichte an Geschäftsstellen spürbarer Beleg für den Anspruch der Öffentlichen, nah am Kunden zu agieren. Um die Geschäftsstellen noch besser zu vernetzen, arbeitet die Öffentliche aktuell an einer qualitativen Weiterentwicklung ihrer Geschäftsstellen, zum Beispiel mit zusätzlichen digitalen Services.
- Neue Produkte: Versicherungsprodukte werden weiter auf die Bedürfnisse der (potentiellen) Kunden angepasst (vgl. 10. Innovations- und Produktmanagement).

Zusätzlich zu dieser Gesamtstrategie hat die Öffentliche in 2020 mehrere Teilstrategien entwickelt. Diese wurden in 2021 um eine Nachhaltigkeitsstrategie für das ganze Haus ergänzt, die die Bereiche Environment, Social und Governance umfasst und weitere konkrete Ziele für das Gesamtunternehmen vorgibt. Die Strategie soll Anfang 2022 vom Vorstand verabschiedet werden und im Anschluss für das Gesamtunternehmen verbindlich zur Anwendung kommen.

Umweltmanagementsystem

Die Öffentliche hat sich bereits 2015 dazu entschieden, sich nach EMAS zertifizieren zu lassen und in diesem Zusammenhang ein Umweltmanagementsystem (UMS) einzuführen und permanent weiterzuentwickeln (vgl. 5. Verantwortung und 6. Regeln & Prozesse). Das UMS hat die Öffentliche nach der EMAS-Verordnung sowie der weltweit gültigen Norm ISO 14001 ausgerichtet. In 2021 wurde die Öffentliche zum dritten Mal erfolgreich nach EMAS zertifiziert. Konkrete Ziele mit definiertem Zeitraum werden jährlich in der Umwelterklärung des Unternehmens veröffentlicht.

2. Wesentlichkeit

2018 hat die Öffentliche erstmals mit Beteiligung des Vorstandes eine Wesentlichkeitsanalyse durchgeführt. So konnten neue Anforderungen ermittelt, Themen und Ziele präzisiert sowie Risiken erkannt werden. Im Rahmen dieser jährlich überprüften Analyse identifiziert die Öffentliche auch wesentliche Risiken mit Bezug auf Nachhaltigkeit – diese sind auf der kommenden Seite aufgeführt. Die Analyse ermittelt ebenfalls wesentliche Stakeholder und ihre Interessen. Diese sind unter 9. Beteiligung von Anspruchsgruppen aufgeführt. Folgende Themen sind für die Öffentliche grundsätzlich wesentlich:

Gemeinwohlorientierung

Die Gemeinwohlorientierung und das Engagement für die Region, insbesondere in der Zusammenarbeit mit den Freiwilligen Feuerwehren und den Verkehrswachten oder in Form von Sponsorings und Spenden für Bildungseinrichtungen, soziale Projekte und Aktionen für gemeinnützige Zwecke sind für die Öffentliche nicht nur satzungsgemäßer Auftrag, sondern auch Selbstverständnis (vgl. 18. Gemeinwesen).

Kapitalanlage

Durch Allokationsentscheidungen im Rahmen ihrer Kapitalanlage können Investoren Unternehmen und Staaten direkt oder indirekt dazu bewegen, sich stärker mit Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen. Vor dem Hintergrund dieser Möglichkeiten hat die Öffentliche 2018 eine Nachhaltigkeitsstrategie für die Kapitalanlagen entwickelt und auf Vorstandsebene beschlossen. In Anlehnung an die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen werden im Rahmen dieser Strategie Aspekte der drei Oberbegriffe Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (Environmental, Social und Governance: „ESG“) berücksichtigt (vgl. 10. Innovations- und Produktmanagement). Die Nachhaltigkeitsstrategie der Öffentlichen ist anlageklassenspezifisch; so werden verschiedene Anlageklassen, wie z. B. Aktien oder auch unterschiedliche Arten von festverzinslichen Wertpapieren, auf Grundlage eines selbst definierten Wertmaßstabs und anhand ihrer individuellen Besonderheiten eigenständig analysiert und betrachtet. Unter Einbeziehung weiterer kapitalanlagebezogener Faktoren, bspw. Auswirkungen auf Rendite-/Risiko-Profile oder auch Diversifikationsaspekte, wird ein sogenanntes ‚mittleres‘ ESG-Strengenniveau als angemessen erachtet und entsprechend festgelegt.

Personal

Wesentlich für die Öffentliche ist auch das qualitativ schwer zu bemessende Ziel der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterzufriedenheit und Qualifizierung. Die Instrumente berufundfamilie, das Programm Beruf + Gesundheit inklusive Sportangeboten sowie regelmäßige Fortbildungsmöglichkeiten, viele Services und Beratungsangebote sollen dazu beitragen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Aufgaben kontinuierlich zu befähigen und die Zufriedenheit grundsätzlich zu erhöhen. Mehr dazu in den entsprechenden Kapiteln zu Personal und Qualifizierung.

Risiken durch Umweltveränderungen

Umweltveränderungen und der Anstieg von Naturkatastrophen in Anzahl und Schadenhöhe beeinflussen das Geschäftsmodell einer Versicherung. Diese Tendenz ist in den vergangenen Jahren durchgehend spürbar gewesen: In 2013 erlebte die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig durch einen Hagelschaden im Juni, für den sie über 32 Millionen Euro für ihre Kundinnen und Kunden bereitgestellt hat, das bedeutendste Schadenjahr ihrer Geschichte. Für das Geschäftsjahr 2020 fiel im Bereich Elementarschäden ein Orkan im Februar an, der mit über 7,5 Millionen Euro Schadenssumme ebenfalls Auswirkungen auf das Ergebnis hatte. In 2021 kam es im Februar zu einem massiven Kälteeinbruch mit ungewöhnlichen Schneemassen und zahlreichen Schäden, für die die Öffentliche über fünf Millionen Euro für ihre Kundinnen und Kunden reguliert hat. Auch die Flutkatastrophen im Westen Deutschlands haben 2021 die Zunahme an Extremwetterereignissen verdeutlicht. Die Öffentliche begegnet diesem zunehmenden Risikopotential mit diversen Maßnahmen (vgl. folgende Seite).

Ermittlung der wesentlichen Nachhaltigkeitsaspekte

Die Umweltauswirkungen der Versicherungsprodukte und -dienstleistungen werden im Rahmen von EMAS in einer an Fehlermöglichkeiten- und Einflussanalyse (FMEA) angelehnten Methode bewertet; die Bewertung wird jährlich fortgeschrieben. Dieses Verfahren dient dazu, jene Aspekte der Geschäftstätigkeiten zu identifizieren, die regelmäßig oder in besonderen Situationen wesentliche Auswirkungen auf die Umwelt haben. Für wesentliche Umweltaspekte werden Zielvorschläge entwickelt und dem Vorstand jährlich zur Entscheidung bzw. Budgetverabschiedung vorgestellt.

Wesentliche Risiken mit Bezug auf Nachhaltigkeit

Die Öffentliche Versicherung Braunschweig identifiziert systematisch, welche Risiken im Sinne der Nachhaltigkeit nach dem CSR-Richtlinien-Umsetzungsgesetz für den Geschäftsverlauf sowie in Bezug auf Geschäftsbeziehungen, Produkte und Dienstleistungen als wesentlich einzustufen sind. Diese sind an dieser Stelle zusammengefasst.

Methodik zur Identifikation wesentlicher Risiken

Das CSR-RUG fordert von berichtspflichtigen Unternehmen gemäß § 289c Abs. 3 HGB einen Wesentlichkeitsmaßstab. Die Öffentliche hat die Wesentlichkeit von möglichen Angaben im Bericht nach diesem Gesetz methodisch analog zur Bewertung von Umweltaspekten im Rahmen des Umweltmanagements durchgeführt. Die möglicherweise berichtenswerten Themen wurden in einem Workshop unter Beteiligung des Vorstandes zunächst gesammelt und in ihren Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsaspekte, den Geschäftsprozess, das Geschäftsergebnis sowie die Auswirkungen auf weitere nicht-finanzielle Aspekte stichpunktartig beschrieben. Jedem Thema wurde mit Hilfe einer Werteskala eine Bewertung der Bedeutung und der Einflussmöglichkeiten des Unternehmens auf dieses Thema sowie ein möglicher Handlungsbedarf zugewiesen. Die Multiplikation der zugewiesenen Ziffern ergibt eine Maßzahl – ein Überschreiten eines festgelegten Wertes führt zu näherer Einzelbetrachtung dieses Risikos. Ein Risiko nach dem CSR-RUG muss eine wesentliche Auswirkung auf den Geschäftsverlauf eines Unternehmens beziehungsweise seines Umfeldes haben – daher wurden im Endergebnis aus allen identifizierten Themen die fünf hier aufgeführten Aspekte als berichtspflichtig nach CSR-RUG identifiziert.

Eine Abfrage des Risikomanagements im Jahr 2021 hat die fünf in 2019 identifizierten Risiken für die Öffentliche Versicherung Braunschweig bestätigt: Jedes der fünf Risiken wurde von den Fachbereichen innerhalb des Unternehmens mindestens einmal gemeldet. Zusätzliche Risiken mit Bezug auf Nachhaltigkeit wurden im Rahmen der Abfrage nicht gemeldet.

1. Unzureichende Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien in der Kapitalanlage

Mögliche erhebliche Risiken für das Anlageergebnis, das Image sowie den Geschäftsverlauf

Gegenmaßnahmen: Unterzeichnung der Principles of Responsible Investment (PRI) in 2019, Nachhaltigkeitsstrategie in der Kapitalanlage (vgl. 10. Innovations- und Produktmanagement)

2. Nicht-Einhaltung von Werten, Grundsätzen, Verhaltensstandards und Normen

Eine Versicherung hat eine besondere soziale Verantwortung – eine Nichteinhaltung von Regeln könnte zum Verlust des Vertrauensverhältnisses und zu massiven Reputationsschäden führen.

Gegenmaßnahmen: Governance-System, Beitritt und regelmäßige Überprüfung des GDV-Verhaltenskodexes für den Vertrieb, Weiterbildungen, Internes Kontrollsystem, Datenschutzrichtlinien (vgl. 6. Regeln und Prozesse und 20. Gesetzes- und richtlinienkonformes Verhalten)

3. Korruption innerhalb der Organisation

Das Geschäftsmodell basiert neben der Regionalität vor allem auf Vertrauen. Daraus abgeleitet ist Korruption als ein wesentliches Risiko definiert.

Gegenmaßnahmen: Internes Kontrollsystem, Gremien als Kontrollorgane (vgl. 19. Politische Einflussnahme und 20. Gesetzes- und richtlinienkonformes Verhalten)

4. Künftiger Fachkräftemangel

Notwendige Fachkräfte sind langfristig schwer zu ersetzen.

Gegenmaßnahmen: Diverse Programme und Sozialleistungen, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Öffentlichen zu überzeugen, Ausbildung, Arbeit in Verbänden (vgl. 14 - 16 zu Arbeitnehmerbelangen)

5. Äußere Umwelteinflüsse: Auswirkungen des Klimawandels / Pandemien etc.

Zunahme der Häufigkeit und Intensität von Starkwetterereignissen sowie Dürren und Bränden, die wiederum auch zu Ernteausfällen führen, können das Geschäftsergebnis massiv beeinflussen. Die Gegenmaßnahmen zu 5., auch mit Blick auf Personalausfall, treffen auf diverse Umweltrisiken und -katastrophen wie die aktuelle weltweite Coronapandemie zu (zu konkreten Pandemiemaßnahmen siehe Seite 10). Das Nachhaltigkeitsrisiko "Pandemie" wurde im Rahmen der unternehmensweiten Abfrage nicht als wesentliches Einzelrisiko gesehen, in Szenariorechnungen – auch in Zusammenhang mit der Kapitalanlage – aber dennoch bereits berücksichtigt.

Gegenmaßnahmen: Controlling bzw. Szenariorechnungen, Kumulschadenplan, Rückversicherungsstrategien, vorausschauende Planung auf Basis von bisherigen Entwicklungen, Reduzierung des eigenen CO₂-Ausstoßes (vgl. 2. Wesentlichkeit und 4. Tiefe der Wertschöpfungskette)

3. Ziele

Die Öffentliche Versicherung Braunschweig hat sich das Ziel gesetzt, ihre Maßnahmen im Bereich Nachhaltigkeit weiter zu intensivieren. Dies betrifft sowohl die unternehmerischen Ziele der „Offensive 2030“, die langfristig den Erhalt von Arbeitsplätzen innerhalb der Region sichern soll, als auch die Qualifizierung und Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nachhaltige Ausrichtung der Kapitalanlage sowie weitere Ziele des Umweltmanagementsystems.

Ziele der Strategie „Offensive 2030“

Durch die zahlreichen Maßnahmen der Zukunftsstrategie „Offensive 2030“ möchte die Öffentliche auch zukünftig neue Geschäftsfelder erschließen. Unter anderem sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung noch offensiver genutzt werden. Dies bringt nicht nur den Kundinnen und Kunden Sicherheit, sondern auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Öffentlichen: Die Maßnahmen der „Offensive 2030“ sollen dafür sorgen, dass die Öffentliche in 2030 mindestens so vielen Menschen Arbeit und Auskommen bietet wie heute.

Personalmanagement

Diverse bereits erfolgreich eingeführte Maßnahmen wie die Programme berufundfamilie, Beruf + Gesundheit, Weiterbildungsangebote wie die neue Zukunftsakademie oder auch Beratungsmöglichkeiten sollen auch zukünftig fortgeführt werden und zur kontinuierlichen Qualifizierung, Zufriedenheit und Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beitragen. Rückschlüsse auf diese schwer quantifizierbaren Faktoren lassen sich unter anderem aus den jährlichen Ziel- und Bewertungsgesprächen ziehen, in denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch selbst Feedback zu ihrer Tätigkeit geben und Entwicklungspotentiale aufzeigen können.

Kapitalanlage

Nach Verabschiedung dieser Strategie im Jahr 2018 wurde damit begonnen, die verschiedenen Anlageklassen hinsichtlich Nachhaltigkeit zu analysieren. Viele Anlageklassen erfüllten bzw. erfüllen die Anforderungen der Nachhaltigkeitsstrategie bereits vollumfänglich, während bei weiteren Assetklassen ab 2019 erste Umstellungen erfolgten (z. B. bei den Aktien).

Im Jahr 2021 wurde die Prüfung sämtlicher Kapitalanlagen hinsichtlich der Berücksichtigung von ESG-Kriterien abgeschlossen. Das ausgerufene Ziel, bis Ende 2021 einen Mindestanteil der ESG-konformen Kapitalanlagen nach eigener Klassifizierung von >95% der gesamten Kapitalanlagen zu haben, konnte für beide Gesellschaft erreicht werden (vgl. 10. Innovations- und Produktmanagement). Der sehr dynamische Transformationsprozess hin zu einer deutlich nachhaltigeren Wirtschaft wird durch die Öffentliche begrüßt und aktiv begleitet. Sich hieraus ergebende Umsetzungsmöglichkeiten in der Kapitalanlage werden fortlaufend geprüft.

Regionales Engagement

Das regionale Engagement der Öffentlichen, das Aspekte wie gleiche Bildungschancen und Integration sowie soziale und ökologische Themen berücksichtigt, soll weiterhin kontinuierlich ausgebaut werden. Zur Darstellung dieses gesellschaftlichen Engagements ordnet die Öffentliche ihre Aktivitäten im Sinne der ab 2022 geltenden Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDG) entlang einer nachhaltigen Entwicklung ein (zur Gemeinwohlorientierung vgl. Kapitel 8) und bewertet die Wirkung der Engagements regelmäßig neu. Die Nachhaltigkeitsziele der Öffentlichen werden zukünftig in der Berichterstattung entsprechend berücksichtigt.

Produktentwicklung

Das Thema Nachhaltigkeit wurde bei der Öffentlichen in den Prozess der Produktentwicklung integriert und CSR-Kriterien in Produkten werden im Rahmen einer Fachgruppe diskutiert, um bestehende und auch zukünftige Produkte kontinuierlich noch besser an der Umweltmanagementstrategie ausrichten zu können (vgl. 10. Produkt- und Innovationsmanagement).

Identifikation

Durch eine zielgerichtete interne Kommunikation will die Öffentliche die Identifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Nachhaltigkeitszielen weiter stärken und sie weiterhin explizit in das Umweltmanagementsystem miteinbeziehen. Eine Liste konkreter, zeitlich definierter Ziele des Umweltmanagements sowie bereits in Prüfung befindlicher Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Nachhaltigkeit finden Sie in der Umwelterklärung der Öffentlichen (siehe auch 13. Klimarelevante Emissionen).

4. Tiefe der Wertschöpfungskette

Die Wertschöpfungskette der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig ist ressourcenschonend und damit auf Nachhaltigkeit ausgelegt. Wesentlicher Faktor der Wertschöpfung sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Wertschöpfungskette

Die Öffentliche versichert ihre Kundinnen und Kunden selbst und betreibt eine eigene Produktentwicklung. Einige Sparten bildet sie mit nationalen Partnerinnen und Partnern ab. Damit ist ihre Wertschöpfungskette regional, in einigen Fällen national. Die Wertschöpfung einer Versicherung entsteht dabei durch eine vorausschauende Kalkulation, die Schadenhäufigkeiten und -volumen berücksichtigt, sowie eine nachhaltige Kapitalanlage- und Rückversicherungsstrategie. Der Personalaufwand ist neben den Leistungen für Schäden der wesentliche Einflussfaktor auf die Kostenquote.

Die Produktentwicklung, die Vertrags- und Schadenbearbeitung sowie weitere organisatorische Aufgaben erfolgen ebenfalls intern mit eigenen Kapazitäten. Nach § 84 HGB beraten für die Öffentliche selbstständige Vertriebspartnerinnen und -partner die Kundinnen und Kunden umfassend und mit Hilfe aller geforderten Protokolle. Im Rahmen eines Ausschließlichkeitsvertriebs bieten sie dabei bedarfsorientiert im Sinne der Kundin oder des Kunden ausschließlich die Produkte der Öffentlichen und ihrer Partnerinnen und Partner an.

Darüber hinaus vertreibt die Öffentliche ihre Produkte über ihre Kooperation mit der Braunschweigischen Landessparkasse, mit der sie auch 15 so genannte Finanzcenter betreibt, und arbeitet mit ausgewählten Versicherungsmaklerinnen und -marklern als unabhängigen Vermittlerinnen und Vermittler zusammen. Finanzcenter sind Geschäftsstellen der Öffentlichen, in denen Kundinnen und Kunden nicht nur Service und Beratung der Versicherung, sondern auch rund um die Uhr die Hardware der Landessparkasse – also Geldautomat, SB-Terminal und Kontoauszugsdrucker – nutzen können sowie Termine mit einem Bankberater, z. B. für beratungsintensive Kredit- und Anlagegeschäfte, vereinbaren können.

Durch das dichte Geschäftsstellennetz sowie die Kommunikationsangebote per Telefon, Webseite, über Social-Media-Kanäle oder per digitalem Kundenportal sowie durch die Zusammenarbeit mit –

wenn möglich – regionalen Partnerinnen und Partnern berücksichtigt die Öffentliche ökologische Komponenten im Rahmen ihrer Dienstleistungen: Innerhalb von wenigen Kilometern erreichen alle Kundinnen und Kunden im Geschäftsgebiet eine persönliche Ansprechpartnerin bzw. einen persönlichen Ansprechpartner in einer der Geschäftsstellen. Persönliche Beratung, die die jeweiligen Lebensumstände und sozialen Voraussetzungen der Kundinnen und Kunden berücksichtigt, ist ein wesentlicher Bestandteil des Geschäftsmodells.

Die Öffentliche teilt ihr Gebiet in vier Bezirksdirektionen mit jeweils eigener Verwaltung sowie 137 Filialen mit insgesamt 134 Vertriebspartnerinnen und -partnern auf (Stand: Dezember 2021), um dadurch eine gute Erreichbarkeit und möglichst kurze Anfahrtswege überall im Geschäftsgebiet zu ermöglichen. (vgl. Geschäftsgebietskarte auf S. 8). Weitere Prozesse und alle Tochterfirmen der Öffentlichen werden zentral vom Hauptgebäude in der Theodor-Heuss-Straße 10 in Braunschweig verwaltet.

Beschaffungskriterien

Die Beschaffungskriterien, anhand derer sich die Beschaffung der Leistungen und Materialien orientiert, hat die Öffentliche in einem intern verfügbaren Umwelthandbuch aufgelistet. Diese Kriterien werden im Rahmen von EMAS und DIN EN ISO 14001 überprüft und sind Inhalt der Zertifizierung. Informationen zur Nachhaltigkeit bei der Anlagestrategie sind unter 10. Produkt- und Innovationsmanagement aufgeführt.

Beschaffungsrichtlinie

Die Öffentliche hat eine einheitliche Beschaffungsrichtlinie als verbindliche Grundlage aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei wird auf eine nachhaltige Beschaffung Wert gelegt. Vor allem wird darauf geachtet, Lieferantinnen und Lieferanten aus der Region einzusetzen. Dies spielt unter den Gesichtspunkten der regionalen Stärkung sowie der geringeren Schadstoffproduktion eine wichtige Rolle. Gedruckt wird nur auf Umweltpapier. Ferner zielt das Unternehmen darauf ab, in Zukunft vollständig auf das Ausdrucken von Dokumenten zu verzichten. Geringer Schadstoffausstoß bildet ein Beschaffungskriterium für Dienstwagen. Rahmenverträge mit regionalen Werkstätten zielen unter anderem auch auf die Stärkung regionaler Wertschöpfung.

Dahingehende Kommunikation mit Lieferantinnen und Lieferanten sowie Geschäftspartnerinnen und -partnern

Bei der Beschaffung von Leistungen und Materialien wird bei den Lieferanten im Rahmen einer verpflichtenden Auskunft abgefragt, inwieweit sie im Umweltschutz tätig sind. (Fragen z. B.: „Betreiben Sie ein Umweltmanagement?“, „Sind Sie zertifiziert?“). Eine Lieferantinnen- und Lieferantenbewertung und ggf. Optimierungsgespräche sind ebenfalls im Qualitätsmanagement der Facility Management GmbH verankert.

Handwerkernetzwerk

Nach einer sehr positiven Testphase hat die Öffentliche in 2019 beschlossen, ihr Handwerkernetzwerk weiter auszubauen: Mit über 60 regionalen Partnerinnen und Partnern aus unterschiedlichen Bereichen des Handwerkes unterstützt sie aktuell ihre Kundinnen und Kunden bei der Regulierung von komplexen Sachschäden wie Leitungswasserschäden, indem sie auf Wunsch Termine mit den passenden Fachfirmen vereinbart und die Planung der nächsten Schritte für die Kundin oder den Kunden übernimmt. Die Koordination erfolgt über die Öffentliche Facility Management GmbH. Die durch die Öffentliche regulierten Beträge bleiben auch dank des Netzwerkes vor Ort nahezu vollständig direkt in der Region und leisten so einen wichtigen Beitrag für die regionale Wirtschaft. In 2020 wurde der Service weiter ausgebaut. Eine Kundinnen- und Kundenbefragung ergab, dass diejenigen, die den Handwerkerservice in Anspruch genommen haben, ihre Erfahrung als durchgehend positiv bewerten. Das Angebot soll zukünftig noch deutlich weiter ausgebaut werden.

5. Verantwortung

Leistungsindikator SRS-102-16

Die zentrale Verantwortung für Nachhaltigkeits-themen liegt formalrechtlich beim Vorstand.

SRS-102-16: Werte, Prinzipien, Standards und Verhaltensnormen der Organisation

Der Vorstand ist Adressat öffentlich-rechtlicher Pflichten. Bei ihm liegt formalrechtlich die Verantwortung für die Einhaltung aller Nachhaltigkeitsbelange, im Folgenden dargestellt an den Beispielen Compliance sowie der Nachhaltigkeitsstrategie im Allgemeinen.

Auch die Verantwortung für die Personalstrategie, die Kapitalanlage und die Gemeinwohlorientierung, mit der die Öffentliche wiederum eine Verantwortung für ihr Geschäftsgebiet übernimmt, liegt beim Vorstand und wird mit den jeweiligen Fachbereichen abgestimmt. Detaillierte Informationen zu diesen Themen finden Sie in den folgenden Kapiteln.

Compliance

Als Schlüsselfunktion im Governance-System der Öffentlichen ist die Compliance-Funktion dazu verpflichtet, regelmäßig an den Vorstand zu berichten (vgl. zu diesen Themen auch Kapitel 19 und 20).

Nachhaltigkeitsstrategie

Der Vorstand

- legt die Nachhaltigkeitsstrategie fest und sorgt für klare und lückenlose Organisationsstrukturen zu deren Umsetzung
- delegiert und kontrolliert die fachliche Verantwortung im Kontext der Nachhaltigkeit sachgerecht
- wählt geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Diese Mitglieder setzen sich aus den Nachhaltigkeitsexperten der relevanten Bereiche zusammen. Diese Fachleute überprüfen regelmäßig die definierten Nachhaltigkeits-Ziele und -Maßnahmen, entwickeln diese weiter und halten die Umsetzung nach.

Zwei Mitarbeiter (männlich) der Öffentlichen sind als Umweltbeauftragte darüber hinaus explizit mit den Umweltbelangen des Unternehmens beauftragt. Sie haben die organisatorische und fachliche Verantwortung für alle Belange des Umweltschutzes inklusive des Umwelthandbuchs gemäß DIN EN ISO 14001. Sie verantworten das Umweltmanagement dabei in enger Abstimmung mit dem Vorstand.

Außerdem existiert ein Steuerkreis für sämtliche Nachhaltigkeitsthemen. Der Steuerungskreis dient der strategischen Steuerung der Nachhaltigkeitsaktivitäten, legt die Handlungsfelder und strategischen Ziele fest und unterstützt und begleitet die strategische Zusammenarbeit mit den Fachbereichen. Dieser setzt sich aus einem Vorstandsmitglied, den Umweltbeauftragten sowie Teilen der Führungskräfte zusammen und tagt einmal pro Terial.

Eine in die Unternehmensstrategie eingebettete Nachhaltigkeitsstrategie mit klar definierten Zielen für unterschiedliche Aspekte der Nachhaltigkeit mit definierten Verantwortungen wurde in 2021 entwickelt und Anfang 2022 durch den Vorstand verabschiedet.

6. Regeln und Prozesse

Die Regeln und Prozesse der Nachhaltigkeitsstrategie der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig definieren sich je nach Thema unter anderem über das Governance-System, verschiedene Verhaltenskodizes für den Verbraucher- und Datenschutz sowie verschiedene Managementsysteme im Personalbereich.

Governance-System

Das Governance-System hat zum Ziel, die Einhaltung der Gesetze, Verordnungen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen sicherzustellen und damit eine solide und umsichtige Leitung des Unternehmens (§ 23 VAG) zu unterstützen, auch hinsichtlich der Nachhaltigkeitsthemen. Die internen Regelungen für alle wesentlichen mit Risiken behafteten Geschäftsabläufe wurden in schriftlichen Leitlinien fixiert.

Die Hauptbestandteile des Governance-Systems der Öffentlichen bilden Schlüsselfunktionen (z. B. Risikomanagement-Funktion, Compliance-Funktion und Funktion der Internen Revision). Eine Outsourcing-Strategie und ein funktionstüchtiges internes Kontrollsystem ergänzen zudem noch das Governance-System. Jede einzelne Schlüsselfunktion ist dazu verpflichtet, regelmäßig über ihr jeweiliges Themengebiet an den Vorstand zu berichten. Durch ein vom Vorstandsvorsitzenden geleitetes Governance-Komitee werden ein wirksamer Informationsaustausch und ein angemessenes internes Berichtswesen zwischen den Schlüsselfunktionen gemäß Art. 41 Abs. 1 S. 2 Solvency II-Rahmenrichtlinie gewährleistet. Die Sitzungen des Governance-Komitees finden mindestens einmal im Kalenderhalbjahr statt. Bei Konflikten ist eine direkte Eskalation an den Vorstand vorgesehen.

Kapitalanlage

Die Kapitalanlage ist ein wichtiger Baustein des Versicherungsgeschäftes. Um der daraus resultierenden Verantwortung gerecht zu werden, werden im Interesse der Versicherungsnehmer die Grundsätze von Sicherheit, Rentabilität und Liquidität berücksichtigt. Gleichzeitig erfolgt seit 2018 eine intensive Beschäftigung mit Nachhaltigkeit in der Kapitalanlage. Durch ein im Bereich der Kapitalanlage etabliertes internes Nachhaltigkeitsreporting soll

zudem sichergestellt werden, dass u. a. auch der Anteil der ESG-konformen Kapitalanlagen nach Klassifizierung der Öffentlichen quantifiziert werden kann (vgl. 10. Innovations- und Produktmanagement).

Personalwesen

Um die Chancengleichheit, Fortbildung und viele andere Aspekte des Personalmanagements zu gewährleisten, ist eine Vielzahl von Systemen im Einsatz, die unter 16. Qualifizierung näher beschrieben sind.

Verhaltensregeln

Eine Vielzahl von Kodizes und Verhaltensregeln stellt den fairen und nachvollziehbaren Umgang mit den Kundinnen und Kunden und ihren Daten sicher. Diese sind ausführlich dargestellt in Kapitel 20. Gesetzes- und regelkonformes Verhalten.

Umweltmanagementsystem (UMS)

Die Umweltmanagementbeauftragten (UMB) berichten jährlich an den Vorstand über die Funktionen und Ergebnisse des UMS. Der Vorstand gibt im Rahmen des Managementreviews eine Bewertung des UMS ab.

Die Öffentliche ermittelt die Anforderungen der Kundinnen und Kunden und anderer Stakeholder zu den Themen Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Energiewende an das Unternehmen, sodass die Gremien (Vorstand, Aufsichtsrat und Trägerversammlung) die Nachhaltigkeit in ihrer Arbeit systematisch berücksichtigen können.

Durch eine zielgerichtete interne Kommunikation wird die Öffentliche die Identifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ausgewählten Schwerpunkten der Nachhaltigkeit weiter stärken und sie explizit in das Umweltmanagementsystem miteinbeziehen.

7. Kontrolle

Die Öffentliche legt, wenn für das jeweilige Themengebiet möglich, Leistungsindikatoren für Nachhaltigkeitsziele fest, die zur internen Planung und Kontrolle belastbar herangezogen werden können und gleichzeitig für eine Vergleichbarkeit der Daten sorgen.

Organe der Öffentlichen

Die Geschäftsführung der Öffentlichen Versicherung Braunschweig wird durch den Aufsichtsrat beraten und in seinem Handeln überwacht. Zu weiteren Aufgaben des Aufsichtsrats gehören zum Beispiel die Beschlussfassung zu unter anderem Bestellung und Abberufung von Vorstandmitgliedern, Abschlussprüfern und weiteren unternehmerischen Funktionen sowie zu Kapitalanlagen und die Zustimmung zu allen Geschäften, die die Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Risikolage wesentlich beeinträchtigen. Der Aufsichtsrat bestand in 2021 aus elf Mitgliedern (sowie drei Stellvertretern), die von den Trägern benannt werden, sowie vier gewählten Beschäftigtenvertretern gemäß des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes (zur Zusammensetzung siehe Kapitel 16).

Die Aufgaben der Anstaltsträger werden durch die Trägerversammlung wahrgenommen. Dazu gehören unter anderem die Bestellung und Abberufung der benannten Aufsichtsratsmitglieder, die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder, die Zustimmung zur Bestellung der Vorstandsmitglieder und die Bestätigung des Jahresabschlusses nach Feststellung durch den Aufsichtsrat. Der Trägerversammlung gehören fünf Vertreter der Träger an, die aktuell alle männlich sind.

Zur Beratung des Unternehmens und seiner Organe unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Versicherungsnehmerinnen und -nehmer, der regionalen Wirtschaft und der Belange kommunaler Körperschaften und sonstiger öffentlicher Institutionen existiert ein Allgemeiner Beirat, der sich aus 22 Mitgliedern zusammensetzt.

Compliance & Governance

Die Einhaltung des GDV-Verhaltenskodexes für eine faire und nachvollziehbare Kundinnen- und Kundenberatung, mehrere Managementsysteme aus dem Bereich Personal sowie die wesentlichen Governance-Systeme werden über interne Prozesse hinaus durch regelmäßige, teilweise verpflichtende Prüfungen kontrolliert. Näheres dazu in den entsprechenden Abschnitten zu diesen Themen.

Personalstrategie

Die finale Verantwortung für die Personalstrategie trägt, wie für alle unternehmerischen Entscheidungen, immer der Vorstand. Im Speziellen stimmt der Ressortvorstand die Ziele der Personalarbeit mit der Bereichsleitung in einem Regelprozess ab. Einzelne Maßnahmen werden individuell in ihrer Wirksamkeit überprüft. Ein messbarer Faktor ist hier unter anderem die geringe Fluktuationsquote im Unternehmen.

Umweltmanagementsystem

Die im Umweltmanagementsystem gesammelten Ausgangsdaten bilden die jährliche Grundlage, um die Umweltleistung der Öffentlichen darzustellen. Für die Kontrolle der Umweltleistung nutzt die Öffentliche neben dem Bericht der absoluten Zahlen auch Indikatoren für die Umweltleistung.

Die Öffentliche erhebt den Anspruch, dass diese Indikatoren einen Vergleich von Jahr zu Jahr ermöglichen, damit beurteilt werden kann, wie sich die Umweltleistung der Öffentlichen entwickelt. Dies erfolgt über das Controlling diverser Leistungsindikatoren wie zum Beispiel Energiebedarfe, Abfallaufkommen, Strombedarfe etc. (siehe 11. Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen).

Durch die jährliche, freiwillige Prüfung nach dem EMAS-Standard existiert eine zusätzliche Instanz, die die Einhaltung der Ziele kontrolliert. 2021 wurde die Öffentliche zum dritten Mal erfolgreich nach EMAS rezertifiziert.

Auch bestehende sowie mögliche Engagements im Sinne der Gemeinwohlorientierung für die Bürgerinnen und Bürger werden regelmäßig anhand von unterschiedlichen Kriterien bewertet, zu denen auch Nachhaltigkeitsziele gehören (vgl. dazu 18. Gemeinwesen).

Weiterführende Informationen zu finanziellem Controlling und anderen wesentlichen Unternehmensprozessen sind in den SFCR-Berichten bzw. dem Geschäftsbericht der Gesellschaft erläutert.

8. Anreizsysteme

Leistungsindikatoren SRS-102-35, SRS-102-38

Das Governance-System der Öffentlichen definiert ein nachvollziehbares Vergütungssystem für sämtliche Funktionen im Unternehmen.

Vergütungspolitik für das höchste Kontrollorgan und die leitenden Führungskräfte (SRS-102-35)

Der Aufsichtsrat hat Grundsätze für die Vergütung der Vorstandsmitglieder festgelegt. Danach steht die Gesamtvergütung jedes Vorstandsmitglieds in einem angemessenen Verhältnis zu seinen Aufgaben und Leistungen und übersteigt nicht das übliche Maß der Vergütung bei vergleichbaren Unternehmen.

Die Öffentliche Versicherung Braunschweig zahlt keine Anstellungs- oder Anreizprämien. Gleiches gilt für Rückforderungen, sofern keine sehr seltenen Irrtümer, beispielsweise im Zahlungsverkehr, vorliegen.

Abfindungen werden in seltenen Ausnahmefällen nach gültiger Rechtslage gezahlt.

Die Öffentliche Versicherung Braunschweig bietet allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine – je nach Eintrittsdatum variierende – Form der betrieblichen Altersvorsorge sowie vermögenswirksame Leistungen an. Die unterschiedlichen Modelle gelten für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im jeweils gleichen Zeitraum in das Unternehmen eingetreten sind.

Vergütungsleitlinien und -praktiken inklusive Schlüsselfunktionen

Für die Öffentliche wurde eine schriftlich fixierte Vergütungsleitlinie für Führungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Schlüsselfunktionen erstellt und vom Vorstand verabschiedet. In dieser Leitlinie sind die Ausgestaltung der Vergütungspolitik für Führungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Schlüsselfunktionen des Innendienstes beschrieben.

Ferner dient sie als Grundlage für die jährliche Überprüfung der Vergütungssystematik des Innendienstes durch den Gesamtvorstand zur Sicherstellung einer transparenten und nachhaltigen Vergütungspolitik. Sie steht im Einklang mit der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie der Öffentlichen, ihrem Risikoprofil, ihren Zielen, ihren Risikomanagementpraktiken sowie den langfristigen Interessen des Unternehmens als Ganzes.

Grundsätzlich gelten für die Öffentliche Sachversicherung die Regelungen des Gehaltstarifvertrags für das private Versicherungsgewerbe in der jeweils gültigen Fassung. Die aktuellen Gehaltstabellen werden über den Bereich Personal im Unternehmensintranet veröffentlicht.

Für die Öffentliche Facility Management GmbH erfolgt die Vergütung nicht nach dem Tarifvertrag für das private Versicherungsgewerbe, sondern nach eigenen, an der jeweiligen Branche orientierten, Kriterien. Die entsprechenden Regelungen sind für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Öffentlichen Facility Management GmbH einsehbar.

Eine genaue Beschreibung der parallel angewandten Altersvorsorgemodelle sowie weitere Informationen zum Vergütungssystem sind in den SFCR-Berichten der Öffentlichen zu finden.

Die Einführung eines monetären Anreizsystems, welche die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen als separaten Vergütungsbestandteile entlohnt, ist nicht geplant. Im Zuge der Überarbeitung des nichtmonetären Feedback-Instrumentes wird geprüft, in welcher Form Ziele aller (Teil-)Strategien Berücksichtigung finden.

Das Verhältnis der Jahresgesamtvergütung für die Person mit dem höchsten Gehalt der Organisation in jedem Land mit wichtigen betrieblichen Aktivitäten im Vergleich zum mittleren Niveau (Median) der Jahresgesamtvergütung aller Angestellten (mit Ausnahme der Person mit dem höchsten Gehalt) im gleichen Land (SRS-102-38)

Die Kennziffer für 2021 beträgt:

- für die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig: 9,4587
- für die Öffentliche Facility Management GmbH: 4,2956

Der Median basiert auf den realen Gehältern aller Angestellten mit Ausnahme des höchsten Gehaltes (Pensionärinnen und Pensionäre sind nicht inkludiert).

9. Beteiligung von Anspruchsgruppen

Leistungsindikator SRS-102-44

Im Rahmen ihrer Wesentlichkeitsanalyse (vgl. 2 Wesentlichkeit) ermittelt die Öffentliche auch regelmäßig, welche Nachhaltigkeitsthemen welche Stakeholdergruppen betreffen sowie welche Chancen und Risiken mit den jeweiligen Nachhaltigkeitsthemen grundsätzlich verbunden sind.

Wesentliche Stakeholder

Zu den wesentlichen Stakeholdern der Öffentlichen zählen die Träger des Unternehmens, die Kundinnen und Kunden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Vertriebspartnerinnen und -partner sowie die Maklerinnen und Makler. In der besonderen Situation eines Versicherungsunternehmens in Trägerschaft versteht die Öffentliche die Öffentlichkeit, und damit im Wesentlichen die Bürgerinnen und Bürger im gesamten Geschäftsgebiet, zudem als zentrale Anspruchsgruppe.

Information der Stakeholder „Kundinnen und Kunden“ und „Öffentlichkeit“

Im Oktober 2021 hat die Öffentliche erneut eine repräsentative Befragung von Kundinnen und Kunden bzw. Nichtkundinnen und Nichtkunden durchführen lassen. In diesem Rahmen wurde ermittelt, ob und wenn welche Aspekte von Nachhaltigkeit für die Kundinnen und Kunden bzw. Nichtkundinnen und Nichtkunden des Geschäftsgebiets von Bedeutung sind. Die Ergebnisse werden unter anderem im Steuerkreis Nachhaltigkeit präsentiert und so bei der zukünftigen Ausrichtung der Nachhaltigkeitsaktivitäten berücksichtigt. Die Kundinnen und Kunden können sich außerdem durch den systematischen Beschwerdemanagementprozess (vergleiche Kapitel 20) kontinuierlich beteiligen und ihre Belange zum Ausdruck bringen.

Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Öffentlichen sind durch diverse verbindliche Arbeitsanweisungen zur Umsetzung der Nachhaltigkeits-Grundsätze sowie zur Erfüllung der gesetzlichen und behördlichen Auflagen verpflichtet.

Die Ergebnisse der Wesentlichkeitsanalyse werden dem Gesamtunternehmen in Teilen im Rahmen des Umwelthandbuchs zugänglich gemacht sowie dem mindestens einmal jährlich tagenden Steuerkreis für Nachhaltigkeit vorgestellt, um sie bei Bedarf über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Steuerkreises an weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt weiterzugeben und zu berücksichtigen.

Darüber hinaus sorgt die Unternehmenskommunikation für eine regelmäßige Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Nachhaltigkeitsthemen, beispielsweise durch im Intranet verfügbare Informationsblätter oder durch die regelmäßige Kommunikation von CSR-Themen in der (Online-)Mitarbeiterzeitschrift „Blickpunkte“. Auch hier besteht jederzeit für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, Feedback zu geben.

Wichtigste Themen und Anliegen, die durch die Einbindung der Stakeholder aufgekommen sind (SRS-102-44)

Im Rahmen der Kontextanalyse haben sich folgende Schlüsselthemen für die vorgenannten Stakeholder-Gruppen herauskristallisiert (die wesentlichen Nachhaltigkeitsrisiken wurden ebenfalls anhand dieser Analyse identifiziert und sind unter 2. Wesentlichkeit zu finden):

- **Schlüsselthema für die Träger:** Von den Trägern vorgegebene Unternehmensziele sollen erreicht werden. Deren Erreichung wirkt sich wiederum positiv auf die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Unternehmens aus und bietet daher langfristig auch die Grundlage sowie neue Chancen für Engagement und nachhaltiges Handeln.
- **Schlüsselthema für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** Sicherung der Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Die Sicherung der Arbeitsplätze ist ein Kernziel der Unternehmensstrategie „Offensive 2030“.
- **Schlüsselthemen für die Kundinnen und Kunden/Nichtkundinnen und Nichtkunden/ Bürgerinnen und Bürger:** Klare Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien in der Kapitalanlage, Bevorzugung von regionalen und sozialen Projekten im Sponsoring. Die Investition in nachhaltige Kapitalanlagen gehört laut FMEA-Analyse (vgl. 2. Wesentlichkeit) zu den wesentlichen Aktivitäten des Betriebes (mehr dazu im folgenden Kapitel). Auch der Forderung nach regionalen und sozialen Projekten im Sponsoring kommt die Öffentliche als Regionalversicherer seit jeher nach (vgl. 18. Gemeinwesen).

10. Innovations- und Produktmanagement

Leistungsindikator G4-FS11

Um die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu bewältigen, hat die Öffentliche Versicherung Braunschweig die Strategie „Offensive 2030“ verabschiedet. Teil der Wachstumsstrategie ist, dass Innovationen notwendig sind, um ein Unternehmen auf Dauer erfolgreich führen zu können. Alle im Unternehmen sind deswegen aufgefordert, sich aktiv über innovative Ideen in die Unternehmensentwicklung, zum Beispiel in Form von Innovationsworkshops, einzubringen.

Innovationsmanagement

Die Öffentliche hat im Jahr 2021 weiter aktiv an der Entwicklung des Innovationsmanagements gearbeitet, so zum Beispiel in den mittlerweile fest etablierten Programmen in Form agiler Sprints. Dabei wurde der Einsatz digitaler Möglichkeiten in der gesamten Organisation deutlich ausgebaut. Dazu wurden eine unternehmensweite agile Vision entwickelt und veröffentlicht, agile Challenges für Führungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Schnupperworkshops zum agilen Arbeiten, ein Digital Readiness Check durchgeführt und Working Out Loud Circle initialisiert.

So entstanden neue innovative Produkte und Services wie beispielsweise der Onlinekalender für Geschäftsstellen über Bookings, Rollout und Begleitung der Nutzung von MS Teams in den Geschäftsstellen, Umsetzung der digitalen Unterschriftsmöglichkeit für unsere Geschäftsstellen und Kundinnen und Kunden, Implementierung Face- und Touch ID in „Meine Öffentliche“, Zahlungsmöglichkeit PayPal für Moped-Onlineabschluss, Umzug wesentlicher Services in die Azure Cloud, Rückrufservice via Booking auf der Website, erster Einstieg in das Ökosystem Wohnen, „Umzugskartons“ (Kundinnen und Kunden können für ihren Umzug kostenlose nachhaltige Umzugskartons buchen), Zusammenarbeit in der Werkstatt Regional. Digital (gemeinsam mit den regionalen Unternehmen BS|Energy, Braunschweigische Landessparkasse, Netzlink).

Es wurden interne und externe Prozesse weiterentwickelt, wodurch direkte und spürbare Potenziale sowohl für den Innendienst als auch Außendienst realisiert werden konnten und damit ein hoher Beitrag zu den Zielen der Offensive 2030 geleistet wurde.

Weiterhin wurde vermehrt daran gearbeitet, Daten als Treiber von Innovationen zu sehen und Maßnahmen daraus abzuleiten. Dazu wurden die systematische Entwicklung zu einer datengetriebenen Organisation konsequent weiterverfolgt, Rollen und Gremien einer Data Governance Organisation etabliert, eine ganzheitliche Datenstrategie unter Einhaltung der EU-DSGVO verabschiedet und eine Umsetzungsroadmap festgelegt. Übergreifendes Ziel ist die Nutzung von Datenprodukten zur Verbesserung des Kundinnen- und Kundenerlebnisses, Optimierung von Bearbeitungsprozessen und Unterstützung von Entscheidungen. Dazu sind Investitionen in die Verbreiterung der Datenbasis, die Vereinfachung des Datenzugriffs und der Interpretation von Daten vorgesehen. Neue Softwareprodukte für den Datenzugriff und die Datenvisualisierung wurden erprobt. Die Data Analytics Kompetenz wurde weiter ausgebaut und nachweislich wirksame Data Analytics Insights zur Nutzung im Vertrieb wurden bereitgestellt. Die Zugriffsmöglichkeit der Vertriebspartnerinnen und -partner auf umfassende Kundinnen- und Kundendaten wurde durch eine neue Verkaufsübersicht deutlich gesteigert, um die Beratungsleistungen des Vertriebes besser zu unterstützen.

Um das Themenspektrum Innovation auch weiter im Unternehmen zu verankern und zu forcieren, wurde in 2021 eine separate Innovationsstrategie entwickelt. Diese konkretisiert den weiteren Auf- und Ausbau des Innovationsmanagements und beinhaltet neben einem Zielfoto eine Roadmap mit den Wegmarken Innovationsfelder, -prozesse, -formate und -rollen. Die Entwicklung einer Innovationskultur ist ebenfalls mit inbegriffen. Erste Maßnahmen in 2021 waren die Zusammenarbeit mit externen Partnerinnen und Partnern aus anderen Industrien wie Volkswagen oder Protohaus, Launchen einer ersten Ideen-Kampagne, Aufbau einer internen Innovations-Site und einer ersten Ideenplattform.

Im März 2019 hat die FM GmbH den Coworking Space BLUEworking in der Braunschweiger Innenstadt eröffnet, der insgesamt 38 Arbeitsplätze auf 400 Quadratmetern sowie mehrere Besprechungs- und Kreativräume bietet. So werden nicht nur alternative Möglichkeiten zur Büromiete in Braunschweig geschaffen, sondern auch neue Räume und Möglichkeiten für Austausch und Vernetzung. Mit coronabedingten Unterbrechungen wurde das BLUEworking auch 2021 umfangreich genutzt.

Produktmanagement

In einer verbindlichen Arbeitsanweisung zur Produktentwicklung hat die Öffentliche über die Definition des Zielmarktes und die ökonomischen Voraussetzungen und Kalkulationen sowie die Einhaltung gesetzlicher Rahmenbedingungen hinaus auch die Berücksichtigung des Umweltmanagements für verbindlich erklärt und direkt in den Prozess integriert. Die sich aus dem Nachhaltigkeitskodex ergebenden Kriterien werden genauso berücksichtigt wie die Verbraucherschutzvorgaben der EU-Versicherungsvertriebsrichtlinie IDD (Insurance Distribution Directive), die seit Februar 2018 verpflichtend für die Branche ist (vgl. auch 20. Gesetzes- und richtlinienkonformes Verhalten). Die IDD stärkt den Einfluss des Vertriebs auf die Produktentwicklung. So hat sich unter Berücksichtigung so genannter Produktvertriebsregelungen die Produktfreigabe künftig insbesondere daran zu orientieren, dass ein Produkt am Zielmarkt ausgerichtet ist, sprich: auch tatsächlich zu den individuellen Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden passt. Die Produktvertriebsregelungen zielen darauf, Nachteile für die Kundinnen und Kunden zu verhindern sowie ein geeignetes Interessenkonfliktmanagement zu unterstützen. Sie sollen gewährleisten, dass die Zielvorstellungen, Eigenschaften und Interessen der Kundinnen und Kunden angemessen berücksichtigt werden.

Beispiele für nachhaltige Aspekte in der Produktentwicklung

Beispielhaft seien einige Produkte und Dienstleistungen genannt, die die besondere Verantwortung der Öffentlichen dokumentieren:

- **Langfristig ausgerichtete Kundinnen- und Kundenberatung:**
Umfassende Kundinnen- und Kundenberatung und intensive Betreuung stützen den Nachhaltigkeitsgedanken im Sinne von Langfristigkeit. Durch Einsatz moderner Kommunikationsmedien wie Videoschadenbegutachtung werden Fahrtwege kontinuierlich reduziert.
- **Elementarschadenversicherung:**
Absicherung gegen elementare Naturereignisse im Arbeitsgebiet, die für viele Kundinnen und Kunden unter Umständen auf anderen Wegen nicht zu bekommen wäre.
- **Nachhaltige Sanierung:**
Im Rahmen der Premium-Hausratversicherung Mehrkostenübernahme für die energetische Modernisierung von Haushaltsgeräten, z. B. für strom- und wassersparende Geräte, mit der zum Zeitpunkt am höchsten verfügbaren Effizienzklasse.
- **Nachhaltigkeit bei Wohngebäuden:**
In der Wohngebäudeversicherung übernimmt die Öffentliche Mehrkosten für einen Technologiefortschritt, wenn zum Beispiel nach einem Brand die Gebäudefassade im Zuge der Renovierung mit einer vorher nicht vorhandenen Wärmedämmung versehen wird. Weiterhin unterstützt sie nach einem Schadenfall geplante Umbaumaßnahmen, etwa für altersgerechte Umbauten.
- **Nachhaltigkeit bei Kfz-Versicherungsprodukten:**
Die Öffentliche bietet einen fahrleistungsabhängigen Kfz-Versicherungstarif und belohnt Halter umweltfreundlicherer Fahrzeuge, zum Beispiel mit Hybrid-, Elektro-, oder Erdgasantrieben, mit einem Öko-Bonus. Sämtliche Reparaturen können innerhalb des regionalen Werkstattnetzes abgebildet werden, sofern es die Kundin oder der Kunde nicht anders wünscht – in 2021 wurde ein separater Baustein zur besseren Absicherung von E- und Hybridfahrzeugen eingeführt und der Öko-Bonus neu gestaltet und deutlich erhöht: Ab sofort subventioniert die Öffentliche die Absicherung von E- und Hybridfahrzeugen mit einem dauerhaften Preisnachlass von bis zu 20 Prozent (je nach Art des Antriebs).
- **Sonstige Nachhaltigkeitskomponenten der Sachversicherung:**
Mit der Ausgestaltung ihrer Sachversicherungsprodukte unterstützt die Öffentliche energieeffizienzsteigernde Maßnahmen und belohnt ressourcenschonendes Verhalten der Kundinnen und Kunden – in der Hausratversicherung beispielsweise durch Übernahme der Mehrkosten für nachhaltig produzierte Ersatzprodukte wie Bodenbeläge, Farbe, Möbel und Kleidung oder Haushaltsgeräte mit höherer Energieeffizienz. Reparaturen im Schadenfall und der Wiederaufbau zerstörter Sachwerte erfolgen in einer Art, die den Auswirkungen des Klimawandels und der damit verbundenen Extremwittersituationen aktiv entgegentritt. Materialwahl und Ausführung erhöhen die Resilienz der versicherten Sachwerte nachhaltig, die Risikosituation wird vor dem Hintergrund des Klimawandels verbessert. Zudem versichert die Öffentliche auch den Besitz und den Betrieb von Anlagen für regenerative Energien und nachhaltigen Umwelttechnologien. Eine Schadenkoordinierung durch ein regionales Handwerkernetzwerk reduziert gezielt auch den Ressourcenverbrauch.

Prozentsatz der Finanzanlagen, die eine positive oder negative Auswahlprüfung nach Umwelt- oder sozialen Faktoren durchlaufen (G4-FS11)

Die Grundlage für die nachfolgenden Angaben bildet die unter Kapitel 2. Wesentlichkeit erläuterte Nachhaltigkeitsstrategie der Kapitalanlage der Öffentlichen.

Ausgehend von der Investmentkonzeption wird durch eine sogenannte 2-Fund-Separation zwischen zwei Bestandteilen im jeweiligen Kapitalanlageportfolio unterschieden, dem risikoarmen Sicherheitsportfolio und dem Ertragsportfolio. Im Sicherheitsportfolio wird ausschließlich in langlaufende, festverzinsliche europäische EUR-Rentenpapiere (Staats- und staatsähnliche Anleihen sowie Covered Bonds / Pfandbriefe) bester Bonitäten investiert. Das Ertragsportfolio umfasst darüber hinaus zahlreiche weitere Anlageklassen, mit deren Hilfe eine attraktive Überrendite über das Sicherheitsportfolio hinaus erwirtschaftet werden soll. Im Ertragsportfolio befinden sich bspw. Aktien und Unternehmensanleihen der entwickelten Volkswirtschaften und der Schwellenländer sowie Alternative Anlagen in Form von Private Equity-, Immobilien- und Infrastrukturinvestments.

Für das Sicherheitsportfolio wird eine Unterscheidung in Unterkategorien vorgenommen, die sukzessive einer Prüfung der ESG-Konformität nach den eigens definierten Wertemaßstäben unterzogen wurden. Für Staats- und staatsähnliche Anleihen besteht ein Kriteriensystem, mit dem die Einhaltung von verschiedenen ESG-Kriterien überprüft wird. Die Anleihen von staatlichen und staatsähnlichen Emittenten bilden bei beiden Gesellschaften die größte Anlageklasse.

Für die Covered Bonds bzw. Pfandbriefe besteht ebenfalls ein Kriteriensystem, bei dem ESG-Ratings verschiedener namhafter Nachhaltigkeitsratingagenturen herangezogen werden.

Darüber hinaus werden die Beteiligungsunternehmen mit strategischem Charakter (Unternehmensbeteiligungen aus der Region Braunschweig, Verbandsprojekte) der Öffentlichen auf Basis des Wertemaßstabs der Nachhaltigkeitsstrategie fortlaufend untersucht und es erfolgt eine Unterscheidung in nachhaltige und nicht nachhaltige Unternehmen.

Daneben bestehen Green, Social und Sustainable Bonds als Anlageoption im Sicherheitsportfolio. Im Jahr 2021 wurde erstmals ein Social Bond im Sicherheitsportfolio erworben.

Die Öffentliche wird auch in Zukunft bei einer Investition im Sicherheitsportfolio solche Wertpapiere in Betracht ziehen, mit denen explizit und ausschließlich nachhaltige Projekte bzw. Zwecke finanziert werden.

Auch im Ertragsportfolio werden für sämtliche Anlageklassen Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt. Für Aktien aus entwickelten Volkswirtschaften und Schwellenländern wird ausschließlich in ein nachhaltiges Anlageuniversum investiert. Das im vorherigen Absatz genannte Kriteriensystem kommt auch bei sämtlichen Staats- und staatsähnlichen Anleihen sowie bei den Covered Bonds bzw. Pfandbriefen im Ertragsportfolio zum Einsatz.

Die Anlageklassen Private Equity, Infrastruktur und Immobilien werden aufgrund des Engagements der Asset Manager im ESG-Bereich und wegen der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in deren Investmentprozessen und -entscheidungen als nachhaltig eingestuft. In den Investment Grade-Unternehmensanleihemandaten wird die am Markt etablierte Ausschlussliste des norwegischen Staatsfonds angewendet, welche u.a. zu Ausschlüssen in den Branchen Nuklearwaffen, Tabak und Kohleverstromung führt. Darüber hinaus werden auch Titel mit schweren Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden ausgeschlossen. Bei den hochrentierlichen Unternehmensanleihen (High Yield) sowie Immobilienaktien (REITS) werden anhand von ESG-Ratings Unterscheidungen in nachhaltige und nicht nachhaltige Titel vorgenommen.

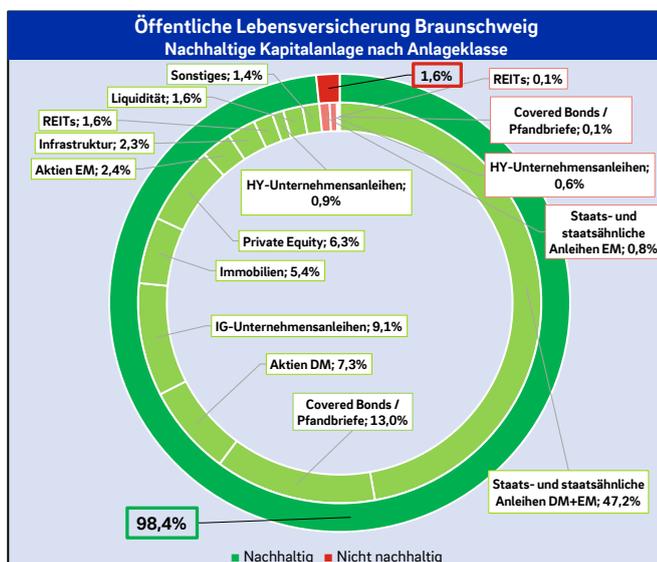
Die Entwicklungen am Markt (wie z. B. neue ESG-Indizes bzw. Produkte) werden laufend beobachtet, sodass bei Bedarf neue Umsetzungsmöglichkeiten abgeleitet werden können.

Die Kapitalverwaltungsgesellschaft des Ertragsportfolios der Öffentlichen, die Warburg Invest AG, ist in ihrem Namen sowie mit den von ihr verwalteten Sondervermögen dem Pooled Engagement-Programm von ISS ESG beigetreten. Somit nimmt auch die Öffentliche über ihre Ertragsportfolios an Initiativen teil, deren Ziel es ist, Unternehmen durch Dialoge und weitere Kommunikationswege dazu zu bewegen, sich verstärkt mit Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen. Darüber hinaus führt die Warburg Invest AG seitdem verstärkt die Stimmrechtsausübung („Proxy Voting“) bei Aktien im Kontext von Nachhaltigkeit durch – auch bei den von ihr verwalteten Investments der Öffentlichen – und greift hierfür ebenfalls auf die Expertise von ISS zurück.²⁵

Bei der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig beträgt die Quote der nachhaltigen Kapitalanlagen nach eigener Klassifizierung zum 31.12.2021 97,4 % nach Marktwerten. 2,6 % der Kapitalanlagen der Sachversicherung sind gemäß der Nachhaltigkeitsstrategie als nicht nachhaltig einzustufen. Damit wurden bis zum Ende des Jahres 2021 sämtliche Kapitalanlagen der Öffentlichen Sachversicherung einer ESG-Prüfung unterzogen und entsprechende Kriterien gemäß der Nachhaltigkeitsstrategie festgelegt.



Bei der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig sind auf Grundlage der eigenen Klassifizierung zum 31.12.2021 nach Marktwerten 98,4 % der Kapitalanlagen nachhaltig allokiert. Die Quote der nicht nachhaltigen Kapitalanlagen beträgt 1,6 %. Auch bei der Öffentlichen Lebensversicherung werden damit für sämtliche Kapitalanlagen Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt.



Die Öffentliche hat für die Investments, die sie nicht selbst verwaltet, Portfoliomanager ausgewählt, die Nachhaltigkeit als einen der Schwerpunkte ihrer Unternehmenspolitik sowie als wichtiges Kriterium bei Investitionsprozessen ansehen. Die Asset Manager, die damit beauftragt wurden, einen Vergleichsindex mit Nachhaltigkeitskriterien abzubilden oder eine Ausschlussliste zu berücksichtigen, sind zudem durch Anlagerichtlinien an diese Vorgaben gebunden. Die meisten der Gesellschaften bringen ihren Einsatz für die Umwelt oder auch Soziales darüber hinaus durch eine Mitgliedschaft bei den United Nations Principles for Responsible Investment (oder auch Prinzipien für verantwortungsvolles Investieren, abgekürzt UN PRI) zum Ausdruck. Bei zukünftigen Auswahlprozessen wird eine entsprechende Zugehörigkeit des neu zu mandatierenden Managers zu den UN PRI oder vergleichbaren Initiativen vorausgesetzt.

Auch die Öffentliche ist den UN PRI zum Jahreswechsel 2019/2020 beigetreten. Dies geschah aus der Überzeugung heraus, den hohen Stellenwert, den Nachhaltigkeit sowohl im Unternehmen allgemein als auch speziell in der Kapitalanlage einnimmt, noch stärker zu unterstreichen. Zudem werden das kontinuierliche Sammeln, Auswerten und Reporten von ESG-Daten und -Informationen im Rahmen der Mitgliedschaft in der Initiative und der Austausch mit anderen Teilnehmern dazu führen, dass das Nachhaltigkeitsmanagement in der Kapitalanlage weiter verbessert und das eigene Nachhaltigkeitsprofil somit weiter geschärft werden kann.

Neben der eigenen Nachhaltigkeitsstrategie befasst sich die Öffentliche auch intensiv mit den neuen regulatorischen Vorgaben zum Thema Nachhaltigkeit. Die entsprechenden Angaben hierzu befinden sich nach Kapitel 20 unter "Angaben zur EU-Taxonomie".

11. Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen

Versicherung ist ein langfristiges, von Vertrauen geprägtes Geschäft. Als regionalem Versicherer ist der Öffentlichen dabei das Prinzip der Nähe besonders wichtig. Diese Komponenten – Langfristigkeit und Nähe – passen ideal zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, welche neben einer stabilen Wirtschaftlichkeit auch das Sozialprinzip und die Einbeziehung der Ökologie und des Umweltschutzes beinhaltet.

Einbindung der Unternehmensführung in das Konzept

Der Vorstand ist Adressat öffentlich-rechtlicher Pflichten. Bei ihm liegt formalrechtlich die Verantwortung für die Einhaltung aller Nachhaltigkeitsbelange.

Konzept

Das Umweltmanagementsystem (UMS) der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig gibt den Rahmen für die Umweltaktivitäten des Unternehmens vor. Dieses schließt auch eine Nachhaltigkeitsstrategie bei Kapitalanlagen sowie eine Nachhaltigkeitsstrategie bei der Kundinnen- und Kundenberatung und der Ausgestaltung des Produktportfolios mit ein.

Wesentliche Risiken

Umweltveränderungen und der Anstieg von Naturkatastrophen in Anzahl und Schadenhöhe beeinflussen die Öffentliche, insbesondere mit Blick auf die hohen Marktanteile im Bereich Wohngebäudeversicherung in ihrem Geschäftsgebiet. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Reduzierung negativer Umweltveränderungen sind also gerade für einen Versicherer elementare Handlungsmaximen.

Die Umweltauswirkungen der Versicherungsprodukte und -dienstleistungen werden in der an FMEA angelehnten Methode bewertet (vgl. 2. Wesentlichkeit); die Bewertung wird jährlich fortgeschrieben. Die Wesentlichkeitsbewertung ist in der Umwelterklärung nachzulesen.

Ergebnisse des Konzepts/wesentliche Ressourcennutzung

Eine Auswertung der bisherigen Ergebnisse des Umweltmanagementsystems hat ergeben, dass – auf Grund der besonderen Funktion und Anforderungen von Versicherungsprodukten, die oft Vor-Ort-Termine nötig machen – die Mobilität den wesentlichen Faktor für den Ressourcenverbrauch der Öffentlichen darstellt.

Durch in 2018 eingeführte Tankkarten für Dienstfahrzeuge, deren Anbieter den tatsächlichen Verbrauch durch unterschiedliche Maßnahmen kompensiert, hat die Öffentliche bereits einem Großteil dieser Belastung begegnen können. Weitere Maßnahmen wie die Beschaffung von Elektroautos und Dienstfahrrädern sowie eine verstärkte Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für mögliche Alternativen zur PKW-Nutzung sollen die Belastung zukünftig noch weiter reduzieren.

Im Bereich der Immobilien wird darüber hinaus auf Energieeffizienz, umweltverbessernde Maßnahmen sowie auch die Einsparung von Wasser geachtet. Durch die energetische Sanierung von Wohneinheiten werden die Mietnebenkosten massiv gemindert, so dass Mietanstiege ausgeglichen werden können.

Wesentliche Leistungsindikatoren

Die wesentlichen Leistungsindikatoren sind ebenfalls im UMS definiert. Zu den Leistungsindikatoren zählen:

- Anzahl Kfz-Verträge mit alternativen Antrieben
- Sponsoringvolumen für regionale Umweltaspekte
- Stromverbrauch
- Heizwärmebedarf
- Klimabedarf (Klimatisierung, Be- und Endlüftung der Räume, z.B. Kühlung der Serverräume)
- Abfallaufkommen
- Emissionen durch Fahrten (Dienstfahrten mit firmeneigenen Fahrzeugen)

Einflussmöglichkeiten entlang der Wertschöpfungskette

Um die Umweltauswirkungen und Energieverbräuche entlang der Wertschöpfungskette kontinuierlich reduzieren zu können, bezieht die Öffentliche verschiedene Stakeholder in das Nachhaltigkeitsmanagement ein (vgl. auch 9. Beteiligung von Anspruchsgruppen).

Beispielsweise trägt die Öffentliche durch Bereitstellung von digitalen Angeboten aktiv dazu bei, Fahrtwege ihrer Kundinnen und Kunden zu reduzieren. Die Kundin bzw. der Kunde hat die Möglichkeit, im Online-Kundenportal der Öffentlichen seine Unterlagen jederzeit papierfrei abzurufen, Schadenmeldungen anzulegen, Dokumente vollautomatisch zu bestellen und vieles mehr. In 2019 wurde durch eine Überarbeitung auf der Unternehmenswebseite die Onlinemeldung eines Schadens komplett überarbeitet und vereinfacht, um den Kundinnen und Kunden weitere Anreize zu geben, die digitalen Services zu nutzen.

Die Kundinnen und Kunden der Öffentlichen erhalten – auf ihren ausdrücklichen Wunsch hin – ihre Vertragsunterlagen vollständig digital per Mail. Zusätzlich hat die Öffentliche in 2020 die beidseitige Bedruckung von diversen Kundinnen- und Kundenanschreiben eingeführt. Dies soll in Zukunft weiter ausgebaut werden.

Nutzung wesentlicher natürlicher Ressourcen

Eine detaillierte Aufstellung der Ressourcenverbräuche findet sich in der Tabelle „Umweltleistungen der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig in 2021“ im hierauf folgenden Abschnitt (12. Ressourcenmanagement).

12. Ressourcenmanagement

Leistungsindikatoren SRS-301-1, SRS-302-1, SRS-302-4, SRS-303-3, SRS-306-2

Für wesentliche Umweltaspekte hat der Vorstand ein Umweltprogramm verabschiedet, das den Kern des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses der Öffentlichen bildet, Ziele und Maßnahmen definiert und einem regelmäßigen Monitoring unterliegt sowie zusätzlich jährlich vom Vorstand einer Bewertung und eventuellen Neuausrichtung unterzogen wird.

Die im Umweltmanagementsystem gesammelten Ausgangsdaten bilden die jährliche Grundlage, um die Umweltleistung der Öffentlichen darzustellen. Hierfür nutzt die Öffentliche neben dem Bericht der absoluten Zahlen auch Indikatoren für die Umweltleistung, damit beurteilt werden kann, wie sich die Umweltleistung der Öffentlichen entwickelt (vgl. 7. Kontrolle).

Als Organisation einer Dienstleistungsbranche bezieht die Öffentliche ihre Indikatoren für das Umweltmanagement – im Gegensatz zu den anderen Themen dieses Berichtes, wo auf Grund des Zusammenhangs in Köpfen gerechnet wird – auf die Zahl der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterkapazitäten (Vollzeitaquivalente) in der Hauptverwaltung. In 2021 waren dies insgesamt 622 Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterkapazitäten (dies beinhaltet auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig und die Bezirksdirektion Braunschweig, nicht aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sachversicherung in den Bezirksdirektionen in Wolfenbüttel, Kreiensen und Helmstedt), davon 519 bei der Öffentlichen Sachversicherung und 55 beim Facility Management. Diese Zahlen liegen den folgenden Darstellungen zum Ressourcenverbrauch zugrunde. Betrachtet wird ausschließlich die Direktion in der Theodor-Heuss-Straße, da es sich bei den anderen Gebäuden um Mietgebäude handelt.

Ziele und Fristen

Im Rahmen des Umweltprogramms werden Ziele mit Fristen und daraus abgeleitete Maßnahmen und Ergebnissen definiert sowie wesentliche Kennzahlen erfasst. Die Ziele veröffentlicht die Öffentliche in der Umwelterklärung (vgl. 13 Klimarelevante Emissionen). Die Öffentliche hat unter anderem folgende konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen bzw. Steigerung der Nachhaltigkeit ergriffen:

- Nutzung von regenerativem Strom seit 2014
- Carbon Offset-Fernwärme-Bezug seit 2016
- Einführung von FSC-zertifiziertem Recyclingpapier in 2018
- Beim Austausch von Bodenbelägen Nutzung von Recyclingteppich aus Fischernetzen
- Einsatz von nachhaltig produzierten Werbemitteln, sofern möglich
- Nutzung von vier Dienstfahrrädern, 16 Hybridfahrzeugen und zwei E-Fahrzeugen ab Dezember 2020
- Verwendung von Tankkarten, deren Anbieter den tatsächlichen CO₂-Ausstoß durch verschiedene Maßnahmen kompensiert, seit 2018
- Installation von 23 Wallboxen zur Ladung von Elektrofahrzeugen für Dienstfahrzeuge in 2019

Weitere Details zu den o.g. Zielen, Maßnahmen und den jeweiligen Fristen sind in der Umwelterklärung der Öffentlichen nachzulesen.

Gesamtgewicht oder -volumen der Materialien, die zur Herstellung und Verpackung der wichtigsten Produkte und Dienstleistungen der Organisation während des Berichtszeitraums verwendet wurden (SRS-301-1)

Der Kopierpapier-/Druckerpapiereinsatz betrug 2021

- für die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig
166.881 Blatt (Facility Management: 17.684)

Das genutzte Papier ist seit 2018 in der Herstellung vollständig CO₂-neutral.

Energieverbrauch innerhalb der Organisation (SRS-302-1)

Der Stromverbrauch betrug 2021

- für die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig
1.580.590 kWh (Facility Management GmbH:
167.499 kWh)

Der Strom stammt zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen.

Die Menge an verbrauchter Fernwärme betrug 2021

- für die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig
2.811,44 MWh (Facility Management GmbH:
297,94 MWh)

Verringerung des Energieverbrauchs (SRS-302-4)

Der Stromverbrauch der Sachversicherung verringerte sich von 1.598.495,73 kWh in 2020 auf 1.580.590,30 kWh in 2021 um ca. 1,1 Prozent.

Sowohl der Strom- als auch der Wasserverbrauch fielen in 2020 sowie 2021 niedriger aus als in den Vorjahren, was auch auf die Corona-Pandemie und die vermehrte Nutzung von Homeoffice zurückzuführen ist.

Gesamtwasserentnahme nach Quellen (SRS-303-3)

Das Wasser wird ausschließlich regionalen Quellen, den Talsperren im Harz, entnommen.

Der Wasserverbrauch betrug 2021 für die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig 3.312,59 m³ (Facility Management GmbH: 351,05 m³).

Gesamtgewicht des Abfalls nach Art und Entsorgungsmethode (SRS-306-2)

Siehe folgende Tabelle

Umwelleistungen der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig und der Öffentlichen Facility Management GmbH 2021

Ressource	Sach 2021	Sach 2020	FM 2021	FM 2020
Bruttogeschossfläche (m ²)	20.971	20.879	2.222	2.159
Verbräuche				
Strom (kWh)	1.580.590,30	1.598.495,73	167.499,94	164.505,39
Wasser (m ³)	3.312,59	3.695,15	351,05	380,28
Fernwärme (MWh)	2.811,44	2.731,50	297,94	281,11
Kopierpapier/Druckerpapiereinsatz Blatt, 100 % CO ₂ -neutral	166.881	1.118.476	17.684	115.105
Verkehr				
Anzahl Dienstreisen (Bahn)	55	122	5	13
Bahnkilometer	18.222	37.395	1.931	3.848
Anzahl Dienst-PKWs (inkl. 16 Hybrid- und 2 E-Fahrzeugen)	52	46	6	5
Gefahrende PKW-Kilometer elektrisch mit Naturstrom	117.511	68.441	14.689	5.265
Verbrauch Benzin und Diesel für PKWs (Liter, CO ₂ -neutral)	59.513	61.111	6.980	4.278
Abfallaufkommen (inkl. Auflistung der wesentlichen Anteile)				
Summe Abfallaufkommen gesamt (t)	19,86	35,66	2,10	3,67
Davon thermische Verwertung	9,21	17,04	0,97	1,75
Davon stoffliche Verwertung	11,90	18,61	1,26	1,92

Kennzahlen pro Mitarbeitendem (Durchschnittswerte / pro m² Bruttogeschossfläche für 2021)

Stromverbrauch kWh pro m² Bruttogeschossfläche (ohne E-Fahrzeuge): 74,58

Stromverbrauch kWh pro Mitarbeitendem: 3.013,57

Wasserverbrauch m³ pro m² Bruttogeschossfläche: 0,16

Wasserverbrauch m³ pro Mitarbeitendem: 6,38

Abfallaufkommen pro Mitarbeitendem (kg): 38,27 (davon 20,52 kg zur stofflichen Verwertung)

Kopierpapier-/Druckerpapiereinsatz Blatt pro Mitarbeitendem: 322

13. Klimarelevante Emissionen

Leistungsindikatoren SRS-305-1, SRS-305-2, SRS-305-3, SRS-305-5

Der (kompensierte) Carbon Footprint für das Jahr 2021 beträgt für die Öffentliche Versicherung Braunschweig rund 7,8 Tonnen CO₂, davon rund 6,5 Tonnen CO₂ für die Öffentliche Sachversicherung und 0,69 Tonnen CO₂ für die Facility Management GmbH. Seit dem Start ihres UMS hat die Öffentliche ihren Carbon Footprint kontinuierlich reduzieren können: 2014 betrug er noch knapp 1.900 Tonnen (1,9 Millionen Kilogramm) CO₂ für das Gesamtunternehmen.

Reduktionsziele für THG-Emissionen

Der wesentliche Haupttreiber der Treibhausgasemissionen war bis zum Jahr 2017 die PKW-Nutzung. Eine Lösung wurde durch die Anschaffung von CO₂-neutralen Tankkarten in 2018 erreicht. Mit den in 2016 angeschafften vier Dienstfahrrädern haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jährlich jeweils über etwa 1.000 Kilometer zurückgelegt. Darüber hinaus waren in 2021 insgesamt 16 Hybrid- bzw. zwei E-Fahrzeuge im Einsatz. Die Anzahl der elektrischen Fahrzeuge soll zukünftig weiter erhöht werden. Seit 2020 erfolgen zusätzlich sämtliche dienstliche Bahnfahrten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Öffentlichen im Nah- sowie Fernverkehr CO₂-neutral.

Seit 2014 bezieht die Öffentliche Strom aus Wasserkraft (und damit aus erneuerbaren Energiequellen), seit Anfang 2016 wird auch die Fernwärme CO₂-neutral eingekauft. Die Öffentliche setzt darüber hinaus auf Zertifikate, die den CO₂-Ausstoß, beispielsweise durch Schutz des Regenwaldes, vollständig kompensieren. CO₂-neutrales Umweltpapier wird seit 2018 sowohl im Innen- als auch im Außendienst verwendet.

Nach diesen Meilensteinen sind weitere Maßnahmen geplant beziehungsweise bereits aktiv, um die Emissionen möglichst weiter zu verringern, darunter Sonnenschutzsteuerung im Sommerbetrieb und Solarbetrieb im Winter sowie ein verbessertes Zählersystem für den Energieverbrauch für eine genauere Identifikation der Großverbräuche.

Direkte THG-Emissionen (Scope 1, SRS-305-1)

Durch die Einführung von Tankkarten mit Kompensation durch den Anbieter ist die Öffentliche im Bereich der direkten Emissionen CO₂-neutral. So konnte die Erzeugung von 167.270 kg CO₂ (Sach) und 17.620 kg CO₂ (FM) durch Benzin und Diesel vollständig kompensiert werden.

Indirekte THG-Emissionen (Scope 2, SRS-305-2)

Durch den Einkauf von CO₂-neutraler Fernwärme und CO₂-neutralem Strom ist die Öffentliche in diesem Bereich CO₂-neutral. So konnte die Erzeugung von 360.457 kg CO₂ (Fernwärme) vollständig kompensiert werden. Der Strom ist dank Erzeugung durch Wasserkraft zu 100 Prozent klimaneutral.

Weitere indirekte THG-Emissionen (Scope 3, SRS-305-3)

- Öffentliche Sachversicherung Braunschweig: 6.501,68 kg CO₂ (Facility Management GmbH: 689,00 kg CO₂)

(Der Scope 3 setzt sich zusammen aus den Emissionen in Folge von Abfallaufkommen, Wasserverbrauch sowie Dienstreisen. Sämtliche Angaben beziehen sich auf die Hauptverwaltung. Externe Rechenzentren sind bisher nicht berücksichtigt – das Nachvollziehen des CO₂-Ausstoßes für den Betrieb externer Serverleistung soll zukünftig erfolgen. Parallel werden entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung evaluiert.)

Reduzierung der THG-Emissionen (SRS-305-5)

- Öffentliche Sachversicherung Braunschweig:
 - 2019: 25.665 kg CO₂
 - 2020: 11.374 kg CO₂
 - 2021: 6.501 kg CO₂

Von 2020 auf 2021 hat die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig ihren gesamten CO₂-Ausstoß um 42,82 Prozent verringern können (Gesamtunternehmen: von 13.627 kg auf 7.792 kg, entspricht einer Reduktion um 42,82 Prozent). Auf Grund der Coronapandemie und der daraus resultierenden Nutzung von Homeoffice-Arbeitsplätzen in der Sachversicherung sind die Verbrauchswerte sowie das Abfall- und Papieraufkommen nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar. Auch die Anzahl der Dienstreisen hat sich in 2021 durch die Pandemie stark reduziert.

Zusätzliche Angaben inkl. detaillierter Aufsplittung des Abfallaufkommens finden sich in der Umwelterklärung der Öffentlichen. Dort sind auch weitere Ziele des Umweltmanagements und deren Fortschritt aufgeführt.

14. Arbeitnehmerrechte

Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig hält anerkannte Standards zu Arbeitnehmerrechten ein und fördert die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Unternehmen. Für wesentliche Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbelange wird die grundsätzliche Strategie in enger und regelmäßiger Abstimmung mit dem Vorstand sowie dem Personalrat festgelegt.

Konzept und Ziel

Die Öffentliche verfolgt das Ziel, die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Privatleben stetig zu fördern. Diese Bemühungen lässt sie sich seit 2007 durch die Zertifizierung berufundfamilie bestätigen (siehe 15. Chancengleichheit).

Auch jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verspricht die Öffentliche interessante berufliche Einblicke und einen fairen Umgang. Dies lässt sie sich durch die Verlagsgruppe „Handelsblatt“ mit der Auszeichnung „Fair Company“ bestätigen (siehe ebenfalls 15. Chancengleichheit).

Maßnahmen

Ihre täglichen und langfristigen Ziele erreicht die Öffentliche nur mit einer qualifizierten, engagierten und motivierten Belegschaft. Darum bietet die Öffentliche ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern:

- spannende Aufgabenfelder mit viel Raum für Gestaltung
- eine gesunde Unternehmenskultur mit kurzen Entscheidungswegen
- eine tarifvertraglich geregelte Vergütung, die der Qualifikation und Stellenanforderung entspricht
- feste Wochenarbeitszeit mit flexiblem Gleitzeitkonto
- flexible Arbeitszeiten ohne Kernarbeitszeit für Mitarbeiter

- Möglichkeiten zu Teilzeittätigkeiten
- Zeitwertkonten
- Angebot einer betrieblichen Altersvorsorge
- moderne Personalentwicklungsmaßnahmen
- ausgewogene Work-Life-Balance durch zahlreiche Unterstützungsangebote
- ein Betriebsrestaurant mit Anteilen an regionaler Bio-Vollwertkost (2021 erstmals Verpflegung für Homeoffice zum Abholen ins Angebot aufgenommen)
- ein betriebliches Gesundheitsmanagement
- Annahme privater Pakete durch Facility Management GmbH als Angebot

Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Über verschiedene Formate werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informiert und aktiv eingebunden, beispielsweise besteht die Möglichkeit, sich im Rahmen unserer digitalen Informations- und Austauschplattform, in Soundingboards, Informationsveranstaltungen, Abteilungsbesprechungen und ähnlichen Formaten einzubringen.

Wesentliche Risiken

Aus der spezifischen, regional beschränkten Geschäftstätigkeit der Öffentlichen – mit dem Fokus auf Bürotätigkeit und ausschließlicher Regionalität – ergeben sich keine wesentlichen Risiken in Bezug auf die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbelange.

15. Chancengleichheit

Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig hat ein umfassendes Maßnahmenpaket geschnüpft, um Chancengleichheit im Unternehmen zu gewährleisten. Dies kommuniziert sie auch aktiv über ihr Karriereportal.

Vereinbarung von Familie und Beruf

Die Öffentliche ist bestrebt, die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Privatleben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stetig zu fördern und so durch zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Arbeitsleistungen zu optimieren. Diese Bemühungen lässt sie sich seit 2007 durch die Zertifizierung beruf- und familie bestätigen. Diese besondere Möglichkeit erhalten nur Unternehmen, die bereits über viele Jahre die Anforderung eines familienfreundlichen Unternehmens erfüllen. Auf Initiative der gemeinnützigen Hertie-Stiftung entwickelt, wird es von der Bundesregierung gefördert. Seit der Vergabe des Grundzertifikats zum audit beruf und familie als familienfreundliches Unternehmen am 18. Juni 2007 hat die Öffentliche ihr Gesamtkonzept der familienbewussten Personalpolitik stetig weiterentwickelt und gestärkt. Zum fünften Mal wurde die Öffentliche im Juni 2021 für ihre familienfreundliche Personalpolitik mit dem Zertifikat zum audit beruf und familie durch die Familienministerin Christine Lambrecht ausgezeichnet. Hierdurch ist die Zertifizierung unbefristet gültig, wobei die externe Auditierung weiterhin auf freiwilliger Basis fortgeführt wird. Wesentlich für die Auditierung ist eine kontinuierliche Verbesserung und Optimierung der Angebote für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Arbeitsmodelle

- Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle (Gleitzeit, Zusammenstellung von alternativen Teilzeit- und Lebensarbeitszeitmodellen)
- Nutzung von Homeoffice und Telearbeitsplätzen (aktuell werden neue Modelle für zukünftige Hybridlösungen erarbeitet)

Telearbeit bedeutet bei der Öffentlichen, dass Führungskraft und Mitarbeiterin oder Mitarbeiter im Einvernehmen beantragen, dass ein Teil der Arbeitsverpflichtung außerbetrieblich am privaten Wohnsitz durch Telearbeit erfüllt wird – in Abstimmung mit dem Betriebsarzt und anderen Beteiligten zur Gewährleistung von passenden Arbeitsbedingungen. Die Sachversicherung verfügt mit Stand vom 31.12.2021 über 111 Telearbeitsplätze. Darüber hinaus haben in 2021 insgesamt bis zu 580 Mitarbeitende der Öffentlichen coronabedingt aus dem Homeoffice beziehungsweise mobil gearbeitet.

Insgesamt sind im Jahr 2021 38 zusätzliche Arbeitsplätze für eine Nutzung im privaten Wohnsitz eingerichtet worden, davon neun Telearbeitsplätze und aufgrund von Neueintritten insgesamt 29 coronabedingte Homeoffice-Arbeitsplätze.

- Beteiligung am Aufbau einer überbetrieblichen Kinderbetreuung – Kinderkrippenplätze für Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- Sensibilisierung der Führungskräfte für das Thema Beruf und Familie in einem permanenten Prozess
- Kinderbetreuung während Personalversammlungen oder Ferienzeiten
- Vermittlung von haushalterleichternden Dienstleistungen für alle, z. B. Wäscheservice
- Überarbeiten der Elternzeitinformation im Hinblick auf das Kontakthalten und den Wiedereinstieg
- Einrichten einer Infodatenbank zu Pflege- und Betreuungsmöglichkeiten sowie Serviceangeboten rund um die Familie
- Vortragsreihe zu beruflichen und familiären Themen

Darüber hinaus engagiert sich die Öffentliche auch in verschiedenen Verbänden der Region zum Thema Frauen und Berufsleben.

Förderung der Vielfalt

Die Öffentliche ist zudem Unterzeichnerin der „Charta der Vielfalt“, die die Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von Diversität in der Arbeitswelt vorantreibt. Gesonderte Erhebungen zum Migrationshintergrund werden nicht vorgenommen.

Ferner sind gemäß gesetzlicher Vorgaben eine Schwerbehindertenvertretung sowie eine Gleichstellungsbeauftragte und ein Personalrat bestellt. Die Anwesenheit der Gleichstellungsbeauftragten und des Personalrats bei Vorstellungsgesprächen und bei wesentlichen Personalentscheidungen sowie ein anonymes Beratungsangebot für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen die Chancengleichheit zusätzlich. Die Schwerbehindertenbeauftragte sorgt als Ansprechpartnerin dafür, Schwerbehinderte im Unternehmen zu integrieren und Möglichkeiten zu schaffen, damit diese ihre Arbeit fortsetzen können, beispielsweise in Form von besonderen Arbeitsplatzgestaltungen oder Telearbeitsplätzen.

In Elternzeit befindliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden durch regelmäßige Treffen an Unternehmensprozessen und an wesentlichen Informationen beteiligt.

Weitere konkrete als die genannten Maßnahmen zur aktiven Beteiligung von Minderheiten gibt es derzeit nicht.

„Fair Company“ für junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Auch jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verspricht die Öffentliche interessante berufliche Einblicke und einen fairen Umgang. Dies lässt sie sich durch die Verlagsgruppe „Handelsblatt“ mit Auszeichnung „Fair Company“ des Magazins „Karriere“ bestätigen.

Folgende Kriterien machen die Öffentliche zu einer „Fair Company“:

- Die Öffentliche substituiert keine Vollzeitstellen durch Praktikantinnen und Praktikanten, vermeintliche Volontärinnen und Volontäre, Hospitantinnen und Hospitanten o.ä.
- Die Öffentliche vertröstet keine/n Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen, die/der sich auf eine feste Stelle beworben hat, mit einem Praktikum.
- Die Öffentliche „ködert“ keine Praktikantin bzw. keinen Praktikanten mit der vagen Aussicht auf eine anschließende Vollzeitstelle.
- Die Öffentliche bietet Praktika vornehmlich zur beruflichen Orientierung während der Ausbildungs- und Weiterbildungsphase.
- Die Öffentliche zahlt Hochschul- und Jahrespraktikantinnen und -praktikanten eine adäquate Aufwandsentschädigung.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Neuausrichtung der Initiative „Fair Company“. Sie wurde gemeinsam mit dem renommierten Institut für Beschäftigung und Employability (IBE) als wissenschaftlichem Partner durchgeführt. Ziel dieser Aktualisierung ist es, die Werte der Generationen Y und Z und somit die Erwartungen heutiger Berufseinsteigerinnen und -einsteiger an einen Arbeitgeber verstärkt mit einzubeziehen.

Seit 2011 ist die Öffentliche Versicherung Braunschweig als „Fair Company“ zertifiziert und hat auch die aktuelle Neuprüfung erfolgreich bestanden. Die positive Prüfung und Zertifizierung der Unternehmen durch das IBE ist seit Mitte 2020 Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der „Fair Company“-Initiative. Bewertet wurden im Verlauf des Jahres 2020 unter anderem Kriterien wie Zusammenarbeit und Führung, das Engagement für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Diversity und Chancengleichheit, faires Verhalten im Markt, gesellschaftliche Verantwortung und Nachhaltigkeit. Das Gütesiegel ist gleichzeitig eine Selbstverpflichtung, die zum Beispiel auch die faire Behandlung und Vergütung im Praktikum und in der Ausbildung sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Freizeit miteinschließt.

Vergütung

Die Gehälter der Angestellten der Öffentlichen richten sich grundsätzlich nach dem Tarifvertrag der Versicherungsbranche, der eine geschlechter-unabhängige Bezahlung sicherstellt (siehe 8. Anreizsysteme). Als unabhängige Instanz achten auch die Gleichstellungsbeauftragte sowie die Arbeitnehmergremien auf die Einhaltung dieser Anforderungen.

Beschwerden

Für Beschwerden, die unter das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) fallen, existiert ein festgeschriebener Prozess (vgl. folgender Abschnitt).

Die genaue Zusammensetzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Führungskräfte nach Geschlecht und Altersgruppen finden Sie ebenfalls im folgenden Abschnitt.

Weiterführende Informationen

Informationen zur Charta der Vielfalt:

<https://www.charta-der-vielfalt.de>

Beruf und Familie bei der Öffentlichen:

<https://www.oeffentliche.de/content/oeffentliche/unternehmen/beruf-und-familie/index.html>

Weitere Informationen zur Auszeichnung

„Fair Company“ des Magazins „Karriere“:

<https://www.faircompany.de>

16. Qualifizierung, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Leistungsindikatoren SRS-403-4, SRS-403-9, SRS-403-10, SRS-404-1, SRS-405-1, SRS-406-1

Die Sicherung der Arbeitsfähigkeit – auch im höheren Erwerbsalter – ist für die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig angesichts des demografischen Wandels ein zentrales Anliegen. Wichtiger Baustein dessen ist ein vielfältiges Weiterbildungsprogramm, das allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern offensteht. Ergänzt wird dieses um ein Zusatzprogramm für Führungskräfte.

Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbeteiligung zu Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz (SRS-403-4)

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Die Öffentliche verfügt über ein ganzheitliches, betriebliches Gesundheitsmanagement. Als wesentliche Punkte seien die Einführung und Umsetzung eines nachhaltigen Prozesses zur psychischen Belastungsanalyse, die arbeitsmedizinische sowie unternehmensinterne Begleitung zur Ausgestaltung von Arbeitsplätzen, ein bedürfnisorientiertes Angebot von Gesundheitsmaßnahmen sowie die Sensibilisierung für einen gesundheitsfördernden Führungsstil genannt. Der Zweck der verschiedenen Angebote ist es, die Gesundheit zu fördern, indem ein Ausgleich durch Bewegung und Entspannung geschaffen wird. Das angebotene Faszientraining führt zum Beispiel zu einer erhöhten Leistungsfähigkeit des Körpers, da Bewegungsabläufe und die Muskelfunktionalität verbessert werden. Darüber hinaus trägt es zu einem optimalen präventiven Schutz vor Verletzungen bei.

Für Bürojobs in überwiegend sitzender Tätigkeit ist es wichtig, für einen Ausgleich der Rücken-, Schulter- und Nackenmuskulatur zu sorgen. Hier wird insbesondere durch den Gymnastiksport und das Training mit den smovey-Schwingringen Einfluss genommen. Darüber hinaus wurde eine neue Sparte eingeführt, das Rennradfahren. Es reduziert das Risiko von Diabetes und Herz-Kreislauferkrankungen, wirkt sich positiv auf die Reduzierung von Stressbeschwerden aus, um nur einige Vorteile zu benennen.

Diese und viele weitere Angebote stehen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gleichermaßen zur Verfügung. Unter Berücksichtigung der Corona-Bedingungen konnte das Training über den Sommer bis in den späten Herbst im Sportraum und/oder draußen stattfinden. Über den eingerichteten Notfallstab wurden in Abstimmung mit dem Betrieblichen Gesundheitsmanagement auch andere Maßnahmen zur Prävention etabliert – die regelmäßige Verteilung von Desinfektionsmitteln, die Umsetzung der Maskenpflicht, das Angebot einer für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch den Betriebsarzt im Haus durchgeführten kostenlosen Gripeschutzimpfung, Corona-Impfungen, die Einführung der Einzelbüroanordnung sowie die Möglichkeit zur Nutzung des Homeoffice.

Seit 2020 findet einmal im Quartal ein Treffen der Arbeitsgruppe für Beruf und Gesundheit statt, um die aktuellen und die geplanten Aktivitäten zu besprechen. In diese Treffen ist auch der Arbeitsschutzausschuss integriert. Gemäß § 11 Abs. 3 Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) ist es seine Aufgabe, zu Anliegen des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung zu beraten. Die Regeln und Vorschriften des Arbeitssicherheitsausschusses und das betriebliche Gesundheitsmanagement dienen dazu, Unfälle und Krankheiten schon vor Entstehung zu vermeiden. In diesem Zusammenhang wird jährlich eine Arbeitsschutzunterweisung durch die Führungskräfte mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchgeführt.

Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben beschäftigt die Öffentliche zudem einen Betriebsarzt sowie eine Fachkraft für Arbeitssicherheit. Darüber hinaus wird im Hause die Möglichkeit einer Sozialberatung angeboten.

Es existiert keine unternehmensspezifische Vereinbarung mit Gewerkschaften bzgl. Gesundheits- und Sicherheitsthemen. Es gilt der allgemeine Tarifvertrag für die Versicherungswirtschaft, der eine gleiche Bezahlung der Geschlechter, allgemeine Vergleichbarkeit etc. sicherstellt.

Arbeitsbedingte Verletzungen (SRS-403-9)

Für das Geschäftsjahr 2021 hat die Öffentliche insgesamt fünf Arbeitsunfälle verzeichnet. Grundlage sind die fünf vorliegenden Unfallmeldungen. Alle liegen im Geschäftsgebiet der Öffentlichen. Eine Erfassung nach Geschlecht fand nicht statt. Aufgrund der Arbeitsunfälle/Wegeunfälle kam es zu einer Ausfallzeit von insgesamt 32 Arbeitstagen. Arten der Verletzung: Prellungen, Schürfwunden und Schleudertrauma. Todesfälle sind für das Jahr 2021 keine zu vermelden. Grundlage der Unfallmeldungen ist die Gesetzliche Unfallversicherung aus den Sozialversicherungen gemäß SGB VII (festgelegt im Siebten Buch des Sozialgesetzbuches).

Arbeitsbedingte Erkrankungen (SRS-403-10)

Branchenspezifische Berufskrankheiten bzw. derartige Verfahren, die bei der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG) seitens der Öffentlichen anhängig sind, sind der bestellten Fachkraft für Arbeitssicherheit nicht bekannt. Arbeitsbedingte Erkrankungen sind im Tätigkeitsfeld der Öffentlichen grundsätzlich unüblich und werden daher nicht dokumentiert.

Durchschnittliche Stundenzahl für Aus- und Weiterbildung, die die Angestellten einer Organisation während des Berichtszeitraums aufgewendet haben, nach Geschlecht und Angestelltenverhältnis (SRS-404-1)

Bildungsangebot / Schulungen

Die Öffentliche erstellt ein aktuelles und bedarfsgerechtes Bildungsangebot für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Innen- und Außendienst mit dem Ziel, die unterschiedlichen Bedarfe möglichst umfassend abzudecken. Die Teilnahme am Bildungsangebot beruht – mit wenigen Ausnahmen wie die Themen Geldwäscheprävention, Beschwerdemanagement oder Compliance – auf Freiwilligkeit, in Absprache mit dem jeweiligen Vorgesetzten. Das Bildungsangebot deckte im Jahr 2021 unter anderem Themen wie Arbeiten in hybriden Teams, Changemanagement oder Nutzung von Online-Tools (zum Beispiel Microsoft Teams oder One Note) ab. Aufgrund der Corona-Pandemie und der Verlagerung der Arbeitsplätze ins Homeoffice werden viele Seminare online angeboten, damit das Bildungsangebot für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin nutzbar ist.

Die Verordnung IDD (Insurance Distribution Directive, vgl. Kapitel 19) schreibt zudem vor, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Point of Sale beziehungsweise Point of Advice, die Kundinnen- und Kundenkontakt haben und eine Empfehlung zu einer materiell-rechtlichen Änderung des bestehenden Versicherungsvertrages oder zu einem Neuabschluss abgeben, jeweils 15 Weiterbildungsstunden pro Jahr vorweisen. Diese dienen der Erhaltung, Anpassung oder Erweiterung der beruflichen Handlungsfähigkeit. Grundsätzlich stehen sämtliche Weiterbildungsangebote allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern offen und werden entsprechend belegt, so dass sich das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Teilnehmern im Wesentlichen ausgleicht. Eine durchschnittliche Stundenzahl über die verpflichtenden Schulungsangaben hinaus zu nennen, die Anzahl an erfolgten Seminarteilnahmen anzugeben oder nach bestimmten Kategorien zu bestimmen ist systembedingt nicht möglich.

Qualifizierung von Führungskräften

Ergänzend konzipiert die Öffentliche jährlich bedarfsorientierte Qualifizierungsangebote speziell für Führungskräfte, die darauf abzielen, verschiedene Aspekte der Führungskompetenz zu stärken.

Ermittlung des individuellen Personalentwicklungsbedarfs

Mit der Weiterentwicklung des Zielvereinbarungs- und Bewertungsprozesses ist ein Verfahren entstanden, welches ganzheitlich Zielvereinbarungen, die Bewertung der Zielerreichung und eine kriterienbezogene Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbeurteilung vereint. Darüber hinaus werden die beruflichen Entwicklungsperspektiven der Mitarbeiterin bzw. des Mitarbeiters thematisiert. Dieses Verfahren schafft einen verbindlichen und konkreten Rahmen für das alljährliche Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräch.

Weitere Qualifikationsangebote / Zukunftsakademie

Zur langfristigen Sicherung von Nachwuchskräften am Arbeitsmarkt wurden 2021 insgesamt neun neue Auszubildende (teilweise in den Geschäftsstellen) eingestellt. Eine Ausbildung kann überall im Geschäftsgebiet auch vor Ort in den Geschäftsstellen absolviert werden, so dass die Öffentliche auch Arbeitsplätze in weniger zentral gelegenen Gebieten der Region schafft.

Zur Qualifikation und langfristigen Entwicklung von Zukunftskompetenzen lag der Fokus 2021 auf einer Qualifizierungsoffensive AGIL. Für alle Zielgruppen im Haus gab es Angebote, vom Schnupperkurs - 15 Workshops mit insgesamt 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - über Seminare und Workshops zu agilen Methoden bis hin zu Zertifikatskursen zum Product Owner oder Scrum Master. Ergänzt wurde dieses Angebot durch monatlich Zusammenkünfte der Scrum Master, sogenannte Scrum of Scrums. Für die Zielgruppe der Führungskräfte wurde ganzjährig eine Agile Challenge in sieben hierarchie- und bereichsübergreifenden Gruppen durchgeführt. Dabei sollten Führungsaufgaben aus einem Set von 52 Challenges im Hinblick auf agiles Arbeiten, agile Werte und agiles Mindset bearbeitet und besprochen werden.

Darüber hinaus wurde ein neues Talentmanagement für Nachwuchsführungskräfte eingeführt. Im Rahmen einer ca. 1,5-jährigen Qualifikation werden bedarfsgerecht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf künftige Führungsaufgaben vorbereitet.

Im Rahmen der Gestaltung des Arbeitsplatzes der Zukunft wird zu den bereits bestehenden Möglichkeiten ein Angebot geschaffen, die moderne Arbeitswelt zu erleben. Ein New Work Projekt innerhalb der Öffentlichen beleuchtet, konzipiert und setzt Maßnahmen um, um die Verknüpfung von Work-Life-Blending für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter optimal zu nutzen. Dies ist neben der internen Anforderung bestehender Fachkräfte eine wesentliche Anforderung in der Rekrutierung neuer Fach- und Führungskräfte.

Zusammensetzung der Kontrollorgane und Aufteilung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Kategorie in Bezug auf Geschlecht, Altersgruppe, Zugehörigkeit zu einer Minderheit und andere Diversitätsindikatoren (SRS-405-1)

Öffentliche Sachversicherung

Die Öffentliche Sachversicherung beschäftigte im Jahr 2021 im Durchschnitt 574 aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (inklusive Auszubildende, Angaben in Köpfen; Rentnerinnen und Rentner sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Elternzeit sind ausgenommen). Von ihnen sind durchschnittlich 46 Männer und acht Frauen in Führungspositionen gewesen. Der Anteil der Männer in Führungspositionen im Verhältnis zur Gesamtanzahl der Beschäftigten beträgt 8,0 %, der der Frauen 1,4 %.

Von den insgesamt durchschnittlich 54 Führungskräften waren 0,0 % unter 30 Jahren, 48,1 % zwischen 30 und 50 und 51,9 % älter als 50 Jahre. Der Anteil von Männern in Führungspositionen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Führungskräfte betrug in 2021 85,2 %, der Anteil der Frauen 14,8 %.

Führungskräfte Sachversicherung

	Gesamt		Altersgruppen					
			< 30 Jahre		zw. 30 - 50 Jahre		> 50 Jahre	
	m	w	m	w	m	w	m	w
absolut (Ø)	46	8	0	0	22	4	24	4
%	85,2%	14,8%	0,0%	0,0%	40,7%	7,4%	44,5%	7,4%
% Σ*)	8,2%	1,4%	0,0%	0,0%	3,9%	0,7%	4,3%	0,7%

*) Verhältnis zur Gesamtzahl aller Beschäftigten

Von den insgesamt im Durchschnitt bei der Öffentlichen Sachversicherung beschäftigten 509 Angestellten (ohne Auszubildende und Führungskräfte) sind 50,3 % Männer und 49,7 % Frauen. Davon befinden sich insgesamt 7,7 % in der Altersgruppe unter 30 Jahre, 48,9 % in der Altersgruppe zwischen 30 bis 50 Jahre und 43,4 % in der Altersgruppe über 50 Jahre.

Mitarbeiter Sachversicherung (ohne Führungskräfte)

	Gesamt		Altersgruppen					
			< 30 Jahre		zw. 30 - 50 Jahren		> 50 Jahre	
	m	w	m	w	m	w	m	w
absolut (Ø)	256	253	19	20	115	134	121	100
%	50,3%	49,7%	3,8%	3,9%	22,6%	26,3%	23,8%	19,6%

Durchschnittlich waren elf Auszubildende im Jahr 2021 beschäftigt.

Facility Management GmbH

Die Öffentliche Facility Management GmbH Beschäftigte im Jahr 2021 im Durchschnitt 61 aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (inklusive Auszubildende, Angaben in Köpfen; Rentnerinnen und Rentner sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Elternzeit sind ausgenommen).

Von ihnen sind durchschnittlich drei Männer und drei Frauen in Führungspositionen. Der Anteil der Männer in Führungspositionen im Verhältnis zur Gesamtanzahl der Beschäftigten beträgt 4,9 %, der der Frauen ebenfalls 4,9 %.

Von den insgesamt durchschnittlich sechs Führungskräften waren 0,0 % unter 30 Jahren, 50,0 % zwischen 30 und 50 und 50,0 % älter als 50 Jahre. Der Anteil von Männern in Führungspositionen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Führungskräfte betrug in 2021 50,0 %, der Anteil der Frauen 50,0 %.

Führungskräfte Öffentlichen Facility Management GmbH								
	Gesamt		Altersgruppen					
	m	w	< 30 Jahre		zw. 30 - 50 Jahren		> 50 Jahre	
	m	w	m	w	m	w	m	w
absolut (Ø)	3	3	0	0	1	2	2	1
%	50,0%	50,0%	0,0%	0,0%	16,7%	33,3%	33,3%	16,7%
% Σ*)	4,9%	4,9%	0,0%	0,0%	1,6%	3,3%	3,3%	1,6%

*) Verhältnis zur Gesamtzahl aller Beschäftigten

Von den insgesamt im Durchschnitt bei der Öffentlichen Facility Management GmbH beschäftigten 52 Angestellten (ohne Auszubildende und Führungskräfte) sind 40,4 % Männer und 59,6 % Frauen. Davon befinden sich 7,7 % in der Altersgruppe unter 30 Jahre, 40,4 % in der Altersgruppe zwischen 30 bis 50 Jahre und 51,9 % in der Altersgruppe über 50 Jahre.

Mitarbeiter Öffentlichen Facility Management GmbH (ohne Führungskräfte)								
	Gesamt		Altersgruppen					
	m	w	< 30 Jahre		zw. 30 - 50 Jahren		> 50 Jahre	
	m	w	m	w	m	w	m	w
absolut (Ø)	21	31	0	4	9	12	12	15
%	40,4%	59,6%	0,0%	7,7%	17,3%	23,1%	23,1%	28,8%

Durchschnittlich waren drei Auszubildende im Jahr 2021 beschäftigt.

Der Öffentlichen ist nicht bekannt, dass sich eine Mitarbeiterin beziehungsweise ein Mitarbeiter mit dem Geschlecht divers identifiziert.

2021 hat die Öffentliche insgesamt neun Praktikantinnen beziehungsweise Praktikanten sowie die Erstellung einer wissenschaftlichen Arbeit betreut.

Kontrollgremien

Der Aufsichtsrat der Öffentlichen bestand 2021 aus 15 Mitgliedern, davon drei Frauen, sowie drei Stellvertretern (alle männlich). Der Vorsitzende des Aufsichtsrates ist männlich.

Der Beirat setzte sich in 2021 aus 22 Mitgliedern zusammen, davon sechs weiblich. Zur Funktion der Kontrollorgane siehe 7. Kontrolle.

Gesamtzahl der Diskriminierungsvorfälle und ergriffene Abhilfemaßnahmen (SRS-406-1)

In 2021 wurden bei der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig keine Diskriminierungsvorfälle nach dem AGG gemeldet.

17. Menschenrechte

Leistungsindikatoren SRS-412-3, SRS-412-1, SRS-414-1, SRS-414-2

Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig arbeitet bevorzugt mit regionalen Dienstleisterinnen und Dienstleistern sowie Lieferantinnen und Lieferanten zusammen, die hinsichtlich der Menschenrechte an die strenge deutsche Gesetzgebung gebunden sind.

Gesamtzahl und Prozentsatz der signifikanten Investitionsvereinbarungen und -verträge, die Menschenrechtsklauseln enthalten oder unter Menschenrechtsaspekten geprüft wurden. (SRS-412-3)

Genaue Angaben zu CSR-Kriterien im Bereich Asset Management finden sich unter 10. Produkt- und Innovationsmanagement. Weitere signifikante Vereinbarungen und Verträge beziehen sich auf das Geschäftsgebiet der Öffentlichen und werden aktuell entsprechend nicht spezifisch unter Menschenrechtsaspekten geprüft.

Gesamtzahl und Prozentsatz der Geschäftsstandorte, die im Hinblick auf Menschenrechte oder menschenrechtliche Auswirkungen geprüft wurden (SRS-412-1)

Als öffentlich-rechtliches Versicherungsunternehmen ist die Öffentliche an ihr ausschließliches Geschäftsgebiet, das alte Braunschweiger Land, gebunden. Daher hat die Öffentliche keine internationalen Standorte oder Verbindungen, die – außerhalb der im Folgenden skizzierten Beschaffungsrichtlinie – anhand von Menschenrechtskriterien überprüft werden müssten. Des Weiteren arbeitet die Öffentliche, wenn möglich, mit regionalen Partnerinnen und Partnern zusammen.

Prozentsatz neuer Lieferantinnen und Lieferanten, die anhand von sozialen Kriterien überprüft wurden (SRS-414-1)

Auf Grund der regionalen Ansässigkeit, auch im Sinne der regionalen Arbeitsplatzsicherung, existiert bisher keine systematische Analyse sozialer Kriterien für Lieferantinnen und Lieferanten über Stichproben hinaus. In Selbstauskünften beantworten diese verpflichtend unter anderem auch Fragen zu Umweltaspekten und anderen Nachhaltigkeits-themen. Diese werden seitens der Öffentlichen dokumentiert und können beispielsweise Anlass für Gespräche oder Verbesserungsvorschläge sein, haben aber lediglich indirekten Einfluss auf die Vergabe von neuen Aufträgen.

Lieferanten und soziale Auswirkungen (SRS-414-2)

Auf Grund der regionalen Bindung der Öffentlichen sind menschenrechtliche Auswirkungen auszuschließen. Die Zusammenarbeit mit überwiegend regionalen Partnerinnen und Partnern, die u.a. durch ein von der Facility Management GmbH selbst betriebenes Betriebsrestaurant gewährleistet wird, sowie ein Fragenkatalog sollen bewusst negative Auswirkungen auf die Lieferkette verhindern und sicherstellen, dass auch die Partnerinnen und Partner der Öffentlichen Menschenrechte als wesentlich für ihre Geschäftstätigkeit ansehen. Nähere Informationen zur Beschaffungsrichtlinie der Öffentlichen finden Sie unter 4. Wertschöpfungskette.

Auch wenn die Öffentliche nicht unmittelbar vom Lieferkettentransparenzgesetz betroffen ist, legt sie großen Wert darauf, dass sich ihre Lieferantinnen und Lieferanten hinsichtlich der Menschenrechte an die strenge deutsche Gesetzgebung gebunden fühlen. Sie arbeitet, wenn möglich, mit regionalen Dienstleisterinnen und Dienstleistern zusammen. Im Zuge eines Seminars „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“, veranstaltet durch die ansässige IHK-Geschäftsstelle, wurde eine Mitarbeiterin geschult, obwohl sich für das Unternehmen keine gesetzliche Verpflichtung dazu ergeben hat.

18. Gemeinwesen

Leistungsindikator SRS-201-1

Als öffentlich-rechtliche Versicherungsanstalt ist sich die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig ihrer Verantwortung und Gestaltungskraft bewusst. Die Öffentliche versucht, über eine Vielzahl von Engagements, die nach sozialen und regionalen Aspekten ausgewählt werden, das in sie gesteckte Vertrauen zurückzugeben.

Nachhaltigkeit, Chancengleichheit, Bildung und Erhöhung der Lebensqualität bilden den Maßstab für das umfangreiche, zum Teil in der Satzung der Öffentlichen verankerte, Engagement in Form von Sponsorings, Spenden und Partnerschaften. Die Öffentliche unterstützt fortlaufend regionale Projekte aus den Bereichen Sicherheitsarbeit, Gesellschaft, Umwelt, Sport, Kunst und Kultur.

Neue sowie bestehende Sponsoringaktivitäten werden regelmäßig überprüft und bewertet. Zu dieser Bewertung gehören auch Nachhaltigkeitsaspekte wie eine grundsätzliche Gemeinwohlorientierung beziehungsweise soziale Verantwortung. In 2021 hat die Öffentliche rund 80 Projekte als Sponsoringpartner (ohne die Maßnahmen rund um den Brandschutz) unterstützt. Mit Partnerinnen und Partnern, deren Veranstaltungen in 2021 coronabedingt nicht wie gewohnt stattfinden konnten, wurden nach Möglichkeit alternative Formate oder individuelle Lösungen für eine Unterstützung gefunden.

Brandschutz

Das Engagement im Bereich des Brandschutzes hat bei der Öffentlichen eine lange Tradition und bildet satzungsgemäß einen wesentlichen Schwerpunkt des Engagements der Öffentlichen. Die Freiwilligen Feuerwehren sowie die Berufsfeuerwehren im gesamten Geschäftsgebiet werden unter anderem durch Löschprämien, Jubiläumszahlungen, finanzielle Förderung für Kinder- und Jugendfeuerwehren oder kostenloses Material für die Brandschutzerziehung unterstützt. Zuwendungen an Kommunen zur Förderung des Brandschutzes, beispielsweise für Feuerwehrhäuser, Fahrzeuge und Gerätschaften, sind ebenfalls ein wichtiger Teil der Zusammenarbeit.

Sport

Die Förderung des Sportes stellt einen weiteren Schwerpunkt der Aktivitäten der Öffentlichen dar. Dabei werden nicht nur Vereine wie Eintracht Braunschweig oder Großveranstaltungen wie das Reitturnier Braunschweig Classico gefördert,

sondern bewusst auch kleinere Vereine überall im Geschäftsgebiet unterstützt, beispielsweise in Form von Trikot-Sätzen. Auch die Nachwuchsförderung im Sport ist für die Öffentliche dabei ein zentrales Anliegen.

Soziales Engagement & Kultur

Ihre regionale Verbundenheit drückt die Öffentliche in Partnerschaften beispielsweise mit dem Haus der Wissenschaft oder dem Kunstverein Braunschweig aus. Darüber hinaus unterstützt die Öffentliche mit ihren Mitgliedschaften und Beteiligungen vor allem regionale Initiativen wie die Allianz für die Region und den Braunschweigischen Hochschulbund. Im Bereich Kultur unterstützt die Öffentliche zum Beispiel Theater, Ausstellungen und regionale Künstlerinnen und Künstler und hat im Rahmen der coronabedingten Einschränkungen von Kunst- und Kulturschaffenden das Projekt THE ART OF ins Leben gerufen. Mit diesem initiiert die Öffentliche ein interaktives und kollaboratives Kunstprojekt für die Region Braunschweig.

Durch die Pandemiesituation konnten nicht alle Sponsorings in 2021 wie geplant durchgeführt werden. Die Öffentliche hat daher Alternativen gesucht, um die Region in dieser besonderen Situation unterstützen zu können. Durch die Unterstützung des Projektes "Du für Braunschweig" konnten zahlreiche Freiwillige für Schnelltests in Pflegeeinrichtungen gefunden werden, um Risikopatientinnen und -patienten Besuche zu ermöglichen. Darüber hinaus wurde zum Jahresende 2021 ein Danke-Event für Pflegekräfte im Braunschweiger Spiegelzelt ermöglicht.

In Golmbach im Landkreis Holzminden ist als weiteres Beispiel für das soziale Engagement der Öffentlichen ein Mehrzweckgebäude entstanden, das zur nachhaltigen Entwicklung des Dorfes beitragen soll. Die Fertigstellung des Gebäudes erfolgte im März 2021, die Eröffnung wurde coronabedingt in 2022 verschoben. Die Investitionssumme für das Mehrzweckhaus in Golmbach beträgt insgesamt über 700.000 Euro, von denen mehr als 200.000 Euro als Förderung durch das Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser im Rahmen eines speziellen Zuwendungsprogramms des Landes Niedersachsen für Maßnahmen zur Dorfentwicklung zur Verfügung gestellt wurden.

Bereits 2018 hat die Öffentliche den Antrag auf Förderung gestellt. Gegen Ende 2019 hat die Öffentliche das Grundstück in Golmbach erworben, sodass mit den Bautätigkeiten ab April 2020 gestartet werden konnte.

Umweltsponsoring

Um einen bewussten Umgang sowie Wertschätzung mit und für die natürliche Umgebung zu fördern, engagiert sich die Öffentliche auch in der regionalen Umweltbildung, zum Beispiel durch die Unterstützung des „Grünen Klassenzimmers“ und des „Waldforums Riddagshausen“. Außerdem produziert die Öffentliche ein Kinderbuch zur Umwelterziehung mit dem Titel „Öfi und das Picknick im Wald“, das kostenlos im Geschäftsgebiet verteilt wird. Im Rahmen des Umweltsponsorings hat die Öffentliche im November 2021 ein zusätzliches Projekt, eine Pflanzaktion des Harzklub e.V. zur Aufforstung der regionalen Wälder, unterstützt.

Sicherheits- und Präventionsarbeit

DLRG, AFDC und Verkehrswachten sorgen durch ihre Präventionsarbeit dafür, dass möglichst viele Unfälle in unserem Alltag vermieden werden können. Darum unterstützt die Öffentliche auch diese Institutionen. Sie ist auch Veranstaltungsort für das so genannte „Planspiel Gewalt“ zur Gewaltprävention an Schulen und Mitglied im Verein Verkehrsofferhilfe e.V. Ein besonderes Engagement im Bereich Sicherheitsarbeit war in 2021 „Nur im Grünen. Nie im Roten“, eine ehrenamtliche Aktion, die Kinder und Jugendliche auf die Gefahr des toten Winkels aufmerksam macht.

Mitgliedschaften

Auch Vereine zur Bereicherung der Region, zum Beispiel für die Bad Gandersheimer Domfestspiele, die Städtische Musikschule, das Herzog Anton Ulrich-Museum, die Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft, die Bürgerstiftung, das Gründerinnen-Netzwerk, das Niedersächsische Landvolk und viele mehr werden von der Öffentlichen als Mitglied unterstützt. Ziel dieser Mitgliedschaften ist dabei die Erhaltung der Vielfalt der Region, die Wirtschaft und Vernetzung sowie die Unterstützung von Organisationen, die auf Chancengleichheit und frei zugängliche Bildung abzielen und damit die Zukunft des Geschäftsgebietes sowie die Lebensqualität vor Ort positiver gestalten.

Die Braunschweigische Stiftung

Zudem hat die Öffentliche 1994 gemeinsam mit der Norddeutschen Landesbank Die Braunschweigische Stiftung (bis 2014 Stiftung NORD/LB · ÖFFENTLICHE)

gegründet. Die Stiftung fördert gemäß ihres Satzungszweckes finanziell Projekte in den Bereichen Kunst und Kultur, Wissenschaft, Forschung und Wissenschaftstransfer, Bildung und Erziehung sowie Sport. Bezogen auf diese Förderzwecke unterstützt die Stiftung zudem bürgerschaftliches Engagement.

Direkt erwirtschafteter und verteilter wirtschaftlicher Wert (SRS-201-1)

Das Ergebnis der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig für das Geschäftsjahr 2021 setzt sich wie folgt zusammen:

1.1 Versicherungstechnisches Nettoergebnis	17,1 Mio. Euro
1.2 Kapitalanlageergebnis	13,5 Mio. Euro
1.3 Sonstiges Ergebnis	-16,4 Mio. Euro
1.4 Ergebnis vor Steuern	14,2 Mio. Euro
1.5 Steuern gesamt	7,3 Mio. Euro
1.6 Ergebnis nach Steuern	6,9 Mio. Euro

Das Ergebnis nach Steuern wurde nach der folgenden Aufteilung verwendet:

Trägerkapitalverzinsung	2,8 Mio. Euro
Sicherheitsrücklage	4,1 Mio. Euro

Im Geschäftsjahr 2021 hat die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig insgesamt 172,5 Millionen Euro (brutto, inklusive Kfz-Schäden) für die Versicherungsfälle ihrer Kundinnen und Kunden aufgewendet.

Weitere Angaben zum Geschäftsergebnis finden sich im Geschäftsbericht der Öffentlichen. Die Summe der von der Stiftung ausgezahlten Gelder sowie die genaue Anzahl der unterstützten Projekte sind dem Geschäftsbericht der Braunschweigischen Stiftung zu entnehmen.

Weiterführende Informationen

Aktueller Geschäftsbericht der Öffentlichen / Archiv:
<https://www.oeffentliche.de/content/oeffentliche/geschaeftsbericht-sfcr-csr/>

Jahresbericht der Braunschweigischen Stiftung:
<https://www.die-braunschweigische.de/service/berichte.html>

19. Politische Einflussnahme

Leistungsindikator SRS-415-1

Die Öffentliche Versicherung Braunschweig achtet sehr bewusst darauf, politisch in keiner Form Einfluss zu nehmen. Die Beachtung der Gesetze, Richtlinien und Verhaltensgrundsätze wird von Vorstandsebene an kontrolliert.

Mitgliedschaften

Die Öffentliche ist Mitglied in unterschiedlichen Verbänden, Vereinen und sonstigen Organisationen. Organisiert ist sie dabei vor allem im Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) und dem Verband öffentlicher Versicherer (VöV). Darüber hinaus unterstützt die Öffentliche regionale Initiativen und Vereine, sofern sie nicht politischer Natur sind (siehe Punkt 18. Gemeinwesen).

Sollten die Branchenverbände, in denen die Öffentliche organisiert ist, politische Einflussnahme ausgeübt haben, dann ist diese ausschließlich im Sinne der Kundinnen und Kunden und zur Verbesserung der Situation der Verbraucherinnen und Verbraucher zu verstehen.

Gesamtwert der Parteispenden in Form von finanziellen Beiträgen und Sachzuwendungen, dargestellt nach Land und Empfänger/Begünstigtem (SRS-415-1)

Die Öffentliche tätigt keine Parteispenden und stellt parteipolitischen Versammlungen keine Räumlichkeiten oder sonstige Mittel zur Verfügung.

20. Gesetzes- und richtlinienkonformes Verhalten

Leistungsindikatoren SRS-205-1, SRS-205-3, SRS-419-1

Die Einhaltung von geltenden Gesetzen und internen Unternehmensvorschriften sowie die Orientierung der Geschäftspolitik an ethischen und moralischen Grundsätzen sind Grundlage der Geschäftstätigkeit der Öffentlichen.

Verhaltenskodex

Bei der Öffentlichen sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf einen öffentlich einsehbaren Verhaltenskodex verpflichtet, der redliches und gesetzeskonformes Verhalten zur obersten Maxime für alle Geschäftstätigkeiten macht. Er formuliert Verhaltensmaßstäbe, die grundlegend gelten und durch Leitlinien, Richtlinien, Arbeitsanweisungen und Prozessbeschreibungen konkretisiert werden.

Compliance-Management-System

Das Compliance-Management-System trägt durch Beratung, Frühwarnung, Überwachung und Analyse des Compliance-Risikos maßgeblich dazu bei, dass sich alle Abteilungen der Unternehmensgruppe stets im Einklang mit den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Regelungen verhalten.

In diesem Rahmen unterstützt die Compliance-Funktion den Vorstand bei der Ausübung seiner Gesamtverantwortung für Compliance, aber auch Führungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer Verantwortung bei der operativen Tätigkeit.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden über für sie relevante Aspekte zur Einhaltung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Vorgaben informiert, Schulungen, Informationen im Intranet und der Kontakt zu den Compliance-Ansprechpartnerinnen und -partnern in den Fachbereichen halten das Wissen auf dem aktuellen Stand.

Die Compliance-Funktion nimmt unter anderem folgende Aufgaben wahr:

- Analyse der rechtlichen Vorgaben und der daraus für das Unternehmen resultierenden Compliance-Risiken und erforderlichen Gegenmaßnahmen
- Überwachung von Prozessen, eingerichteten Maßnahmen und Kontrollen zur Verhinderung von Compliance-Verstößen
- Beratung des Vorstandes, der Führungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Compliance-relevanten Fragen

- Schulungen und Beratungen bzgl. interner und externer Vorgaben für das Unternehmen
- Beobachtung der Änderungen der für das Unternehmen geltenden Rechtsvorschriften (Frühwarnfunktion)

Ein wesentliches Themenfeld sind dabei Korruption und damit im Zusammenhang auftretende Straftatbestände.

Hinweisgebersystem

Zur Aufdeckung von Verstößen ist ein Hinweisgebersystem etabliert, über das Verstöße, wenn gewünscht anonym, abgegeben werden können. Dies steht nicht nur intern allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern offen, sondern über die Webseite des Unternehmens auch allen Kundinnen und Kunden sowie Geschäftspartnerinnen und -partnern.

Daneben wirken auch das interne Kontrollsystem und das Risikomanagement positiv auf die Verringerung des Compliance-Risikos ein.

Kontrolle durch Interne Revision

Auf Grundlage der geschäftspolitischen Grundsätze, Ziele und Strategien des Vorstandes übt die Funktion der Internen Revision in der Öffentlichen Sachversicherung eine Prüfungs-, Beratungs- sowie Innovations- und Initiativfunktion aus.

Im Rahmen eines risiko- und prozessorientierten Ansatzes prüft und beurteilt sie u.a. die Risiken aus der Geschäftstätigkeit und die Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit – inklusive der Einhaltung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen – grundsätzlich aller Prozesse und Aktivitäten und definiert Maßnahmen zur Minimierung dieser Risiken. Dazu zählt auch die Beurteilung der Wirksamkeit der Maßnahmen zur Verhinderung und Aufdeckung doloser Handlungen. Die Interne Revision bildet also einen weiteren gewichtigen Baustein der systematischen Verhinderung von Rechtsverstößen.

Besondere Maßnahmen im Vertrieb

Auf dem Vertrieb liegt ein zusätzlicher Fokus, der in den meisten Fällen nicht durch angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgt, sondern durch eigenständige Unternehmerinnen und Unternehmer, die für die Öffentliche tätig werden.

Die Öffentliche ist als einer der ersten öffentlichen Versicherer im April 2015 freiwillig dem Verhaltenskodex des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) für den Vertrieb von Versicherungsprodukten beigetreten.

Mit Wirkung zum 31. Mai 2018 wurde die Öffentliche erfolgreich rezertifiziert. Tenor aller Verhaltensweisen durch den GDV-Verhaltenskodex, die gleichfalls Einzug in das funktionierende Compliance-Management-System für den Vertrieb gefunden haben, ist das Thema Verbraucherschutz: Der GDV-Verhaltenskodex ist Bestandteil eines jeden Agenturvertrages. Sein Erhalt wird mit Vertragsbeginn explizit gegengezeichnet. Neue Vertriebspartnerinnen und -partner sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit im Rahmen des so genannten strukturierten Einarbeitungsprogramms STEP ausführlich dahingehend geschult.

Diese Schulung wird durch die Compliance-Funktion des Vertriebes durchgeführt und ist für jeden obligatorisch. Sie wird unterlegt durch das Aushändigen der speziell für den Vertrieb entwickelten Verhaltensgrundsätze „Compliance im Finanzdienstleister“, die sich mit den Themen Verhalten im Umgang mit Internen und Externen, Zuwendungen, Datenschutz wie auch Konflikt- und Beschwerdemanagement sowie vor allem Nachhaltigkeit auseinandersetzen. Für die laufende Einhaltung dieser Grundsätze für die selbstständigen Partnerinnen und Partner im Vertrieb sind insbesondere die Führungskräfte verantwortlich.

Aktuelle Gesetzgebungsverfahren

Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig ist einer Vielzahl von Gesetzgebungsverfahren unterworfen, darunter diejenigen, die Gültigkeit für die Versicherungs- und Finanzdienstleistungsbranche haben. Die Große Koalition hat zum Ende der Legislaturperiode eine ganze Reihe von Gesetzen auf den Weg gebracht, die die Öffentliche in ihren Prozessen umgesetzt hat, so das Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität, das Gesetz für faire Verbraucherverträge und das Transparenzregister- und Finanzinformationsgesetz. Weitere Gesetze sind nur zum Teil oder nicht für die Öffentliche einschlägig, wurden aber intensiv betrachtet, so unter anderem das Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten, das zweite Führungspositionengesetz und das Lobbyregistergesetz.

Taxonomie- und Transparenzverordnung

Die Öffentliche befasst sich laufend intensiv mit neuen regulatorischen Vorhaben zum Thema Nachhaltigkeit, darunter insbesondere die Transparenz- und die Taxonomieverordnungen. Im Jahr 2020 wurde eine Arbeitsgruppe gegründet und mit der Umsetzung der daraus resultierenden Vorgaben betraut. Die Umsetzung der Transparenzverordnung ist in 2021 fristgerecht erfolgt. Mehr zur Nachhaltigkeitsstrategie für die Kapitalanlage unter 10. Innovations- und Produktmanagement. Die erstmals im CSR-Bericht für das Geschäftsjahr 2021 zu tätigen Angaben zur EU-Taxonomie finden Sie im Anschluss an dieses Kapitel.

Beschwerdemanagement

Die Öffentliche praktiziert seit 2006 ein aktives und systematisches Beschwerdemanagement. Sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Vermittlerinnen und Vermittler benutzen ein CRM-System (Customer Relationship Management, nachvollziehbares System zur Pflege von Kundinnen- und Kundenbeziehungen), sodass eine vollständige Dokumentation von Beschwerden gewährleistet sowie eine gemeinsame Plattform für Bearbeitung und Kommunikation gegeben ist. Analysen, verpflichtende Schulungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kundinnen- und Kundenkontakt, ein regelmäßiges Controlling und ausführliches Reporting gehören ebenfalls seit vielen Jahren zum Standard unseres Beschwerdemanagements, seit Juli 2014 auch eine Zentrale Managementfunktion im Bereich Unternehmenskommunikation. Am 1. Februar 2015 wurde eine Beschwerderichtlinie in Kraft gesetzt, die die Umsetzung der Vorgaben aus dem BaFin-Erlass vom September 2013 regelt und jährlich mit Wirkung zum 1. Februar aktualisiert wird.

Im Jahr 2021 erfasste die Öffentliche 1.373 Beschwerden (173 weniger als im Vorjahr). Dabei handelte es sich im Großteil (626) um Vertragsangelegenheiten und das häufigste Beschwerdeproblem waren Verständnisprobleme (674). Die Beschwerden erreichten die Öffentliche erneut am häufigsten per Telefon.

Die aktuellen Beschwerdezahlen werden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über das Intranet zugänglich gemacht und als Grundlage für Optimierungen genutzt.

Gesamtzahl und Prozentsatz der Geschäftsstandorte, die im Hinblick auf Korruptionsrisiken hin geprüft wurden, und ermittelte erhebliche Risiken (SRS-205-1)

Die Risikoanalyse der insgesamt fünf Geschäftsstandorte (Direktion plus vier Bezirksdirektionen) ergab im Hinblick auf die Korruption keine erheblichen Risiken.

Bestätigte Korruptionsfälle und ergriffene Maßnahmen (SRS-205-3)

Es hat keine Korruptionsfälle gegeben, die dem Unternehmen bekannt geworden sind.

Monetärer Wert signifikanter Bußgelder und Gesamtzahl nicht monetärer Strafen wegen Nichteinhaltung von Gesetzen und Vorschriften (SRS-419-1)

Die Öffentliche hat weder Bußgelder gezahlt noch andere, nicht-monetäre Strafen wegen Nichteinhaltung von Gesetzen und Vorschriften auferlegt bekommen.

Weiterführende Informationen

Informationen zum GDV-Verhaltenskodex:

<https://www.gdv.de/de/themen/news/verhaltenskodex-fuer-den-vertrieb-11518>

Allgemeiner Verhaltenskodex der Öffentlichen:

<https://www.oeffentliche.de/content/oeffentliche/gesetzliche-regelungen/compliance/verhaltenskodex/>

Code of Conduct für den Datenschutz:

<https://www.oeffentliche.de/content/oeffentliche/gesetzliche-regelungen/datenschutz/code-of-conduct/index.html>

Angaben zur Transparenzverordnung:

<https://www.oeffentliche.de/content/oeffentliche/gesetzliche-regelungen/transparenzverordnung/>

Angaben zur EU-Taxonomie

Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig ist mit der Taxonomie, einem Regelwerk der EU zur Bestimmung der ökologischen Wirtschaftlichkeit, im CSR-Bericht für das Geschäftsjahr 2021 erstmals zu konkreten Angaben zur eigenen Unternehmenstätigkeit verpflichtet. Konkret betrifft dies Angaben zu Fähigkeiten zu den EU-Umweltzielen "Klimaschutz" und "Anpassungen an den Klimawandel".

Öffentliche Sachversicherung Braunschweig

Anteil der im Sinne der Taxonomie relevanten und nicht-relevanten Vermögensbestände (total assets) unter Beachtung der Offenlegungsregeln in Artikel 7, § (1), (2) und (3) Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen: Anteil der im Sinne der Taxonomie relevanten und nicht-relevanten Tätigkeiten am Nicht-Lebensversicherungsgeschäft

Taxonomiefähigkeit von Versicherungstätigkeiten

Die Taxonomiefähigkeit von Versicherungstätigkeiten wird im Annex 2 der Delegiertenverordnung zur Taxonomieverordnung in Abschnitt 10.1 – „Nichtlebensversicherungen: Übernahme klimabedingter Risiken“ – beschrieben.

Eine Übersicht der klimabezogenen Gefahren von Versicherungsprodukten ist in Anlage A der Quelle dargestellt (siehe Anhang).

Benannt sind hierbei die folgenden Versicherungssparten:

- Krankenkostenversicherung
- Berufsunfähigkeitsversicherung
- Arbeitsunfallversicherung
- Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung
- Sonstige Kraftfahrtversicherung
- See-, Luftfahrt- und Transportversicherung
- Feuer- und andere Sachversicherungen
- Beistand

Gemäß den im Abschnitt 10.1 / Anlage A benannten Bewertungskriterien für Nichtlebensversicherungen haben wir für die Öffentliche Sachversicherung Versicherungsprodukte als taxonomiefähig identifiziert:

Versicherungsprodukt	Klimagefahr
Feuer-Landwirtschaft	Waldbrand
Allgemeine Leitungswasser	Frost
Allgemeine Sturm / Elementar	Sturm / Elementar
Verbundene Hausrat	Frost, Sturm / Elementar, erneuerbare Energien
Verbundene Wohngebäude	Frost, Sturm / Elementar, erneuerbare Energien
Elektronik	Allgefahrendeckung
Bauleistung	Elementar
Extended Coverage	Sturm / Elementar, etc.
4gewinnt	Allgefahrendeckung
Kraftfahrt (nur Kasko, da kein direkter Klimabezug für die Kfz-Haftpflicht vorhanden)	Sturm / Elementar

Anhand der statistischen Jahresbeiträge (ohne Versicherungssteuer) zum Stichtag 31.12.2021 ergibt sich folgender Anteil für die taxonomiefähigen Versicherungsprodukte an den Gesamtbeitrageinnahmen der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig:

Versicherungsprodukt	Stat. Jahresbeitrag	Anteil an den taxonomiefähigen Beiträgen
Sachversicherungen gesamt	75.522.338,75 Euro	56,61%
davon verbundene Wohngebäude*	51.448.569,65 Euro	38,57%
davon verbundene Hausrat*	12.773.493,86 Euro	9,58%
Kraftfahrzeugkasko*	57.879.156,62 Euro	43,39%
Beiträge der taxonomiefähigen Produkte gesamt	133.401.495,37 Euro	100,00 %
Beiträge Komposit (Sachversicherungen plus Kfz-Versicherungen) gesamt	268.556.885,26 Euro	
Anteil taxonomiefähige Beiträge an Komposit gesamt	49,67 %	

*größte Beitragsanteile für Komposit

Beschreibung der Einhaltung der Verordnung in der Geschäftsstrategie des Unternehmens, bei den Produktgestaltungsprozessen und der Zusammenarbeit mit Kundinnen und Kunden sowie Gegenparteien

Im ersten Schritt hat die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig sämtliche Produkte anhand der Taxonomieverordnung und des EU-Umweltzieles Klimaschutz einzeln ausgewertet und die Angaben an dieser Stelle fristgerecht veröffentlicht. Die für die kommenden Jahre zu tätigen Angaben werden entsprechend rechtzeitig ausgewertet und angewendet. Durch eine Präsentation der bisherigen Ergebnisse auch im Steuerkreis Nachhaltigkeit soll das Thema zukünftig verstärkt im Gesamtunternehmen und damit auch in der Kommunikation gegenüber Kundinnen und Kunden implementiert werden.

Taxonomiefähigkeit der Kapitalanlagen

Für die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig beträgt der Anteil der taxonomiefähigen Wirtschaftstätigkeiten an den gesamten Kapitalanlagen 19,3 % (gemäß Art. 10 Abs. 3a der Del. VO 2021/2178). 80,7 % der Kapitalanlagen beinhalten nicht-taxonomiefähige Wirtschaftstätigkeiten. Insgesamt werden dabei 63,4 % der gesamten Aktiva betrachtet. Die übrigen 36,6 % der Aktiva stellen Risikopositionen gegenüber Staaten und supranationalen Emittenten dar, die nicht in die Berechnung der taxonomiefähigen oder nicht-taxonomiefähigen Wirtschaftsaktivitäten miteinbezogen werden (gemäß Art. 7 Abs. 1 Del. VO 2021/2178).

Bei der Öffentlichen Lebensversicherung beträgt die Quote der Kapitalanlagen mit taxonomiefähigen Wirtschaftstätigkeiten 15,1 %. Die Quote der nicht taxonomiefähigen Kapitalanlagen beträgt 84,9 %. Insgesamt werden dabei 42,8 % der gesamten Aktiva betrachtet. Die übrigen 57,2 % der Aktiva stellen Risikopositionen gegenüber Staaten und supranationalen Emittenten dar, die nicht in die Berechnung miteinbezogen werden.

Die Abweichungen zu den Quoten der eigenen Nachhaltigkeitsstrategie (vgl. Kapitel 10) sind insbesondere dadurch begründet, dass die Datenlage für die Angaben zur EU-Taxonomie derzeit noch sehr unzureichend ist. Darüber hinaus unterliegt die eigene Nachhaltigkeitsstrategie einem anderen Kriteriensystem als die EU-Taxonomie. Beispielsweise wird die größte Anlageklasse (Staatsanleihen, supranationale Emittenten) in der EU-Taxonomie nicht betrachtet, sodass eine Vergleichbarkeit zwischen den Angaben zur EU-Taxonomie und der Nachhaltigkeitsstrategie der Öffentlichen Versicherung Braunschweig zum aktuellen Zeitpunkt nur schwer herzustellen ist.

Gemäß der in Kapitel 10 beschriebenen Investmentkonzeption der Öffentlichen Versicherung Braunschweig wird das Kapitalanlageportfolio in das risikoarme Sicherheitsportfolio sowie das Ertragsportfolio unterschieden.

Das Ertragsportfolio wird von der Kapitalverwaltungsgesellschaft Warburg Invest AG verwaltet. Für das Ertragsportfolio wurden die aggregierten Daten zur Taxonomie-Verordnung von der Warburg Invest AG und dem Datenanbieter MSCI ESG Research zur Verfügung gestellt.

Das Sicherheitsportfolio enthält vor allem langlaufende, festverzinsliche europäische EUR-Rentenpapiere (Staats- und staatsähnliche Anleihen sowie Covered Bonds / Pfandbriefe) bester Bonitäten. Im Rahmen der Prüfung der taxonomiefähigen und nicht-taxonomiefähigen Kapitalanlagen wurden die Staatsanleihen und supranationalen Emittenten identifiziert und aus der Berechnung entfernt (gemäß Artikel 7 Abs. 1 Del. VO 2021/2178). Die übrigen Emittenten, welche unter Art. 10 Abs. 3a der Del. VO 2021/2178 fallen, wurden den nicht-taxonomiefähigen Kapitalanlagen zugeordnet.

Darüber hinaus befinden sich im Sicherheitsportfolio weitere Anlageklassen zu denen die Dispositions- und Anlagestücke der FLV, Beteiligungsunternehmen mit strategischem Charakter, ein Immobiliendirektbestand, Tagesgelder sowie Hypothekenbestände zählen. Für das Berichtsjahr 2021 wurden diese Kapitalanlagen im Rahmen der Taxonomie-Verordnung noch nicht geprüft, da noch keine Daten zur Taxonomie-Verordnung zur Verfügung stehen. Sie werden daher dem Anteil der nicht-taxonomiefähigen Kapitalanlagen zugeordnet.

Eine Angabe zu Risikopositionen gegenüber „nicht reportingpflichtigen Unternehmen gemäß Art. 7 Abs. 3 Del. VO“ erfolgt in diesem Berichtsjahr noch nicht, da derzeit noch kein EU-weites Register mit einem entsprechenden Überblick über Unternehmen, welche (ggf. unterschiedlich je nach EU-Land) zur Abgabe einer nicht-finanziellen Erklärung verpflichtet sind, besteht und die Datenlage damit unzureichend ist.

Feststellung des Aufsichtsrates

Der vorliegende nicht-finanzielle Bericht der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig wurde vom Vorstand der Öffentlichen Versicherung Braunschweig in seiner Sitzung am 22.02.2022 genehmigt.

Der Aufsichtsrat hat den nicht-finanziellen Bericht der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig sowie den durch die Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft vorgelegten Prüfungsvermerk in seiner Sitzung am 21. April 2022 zur Kenntnis genommen und gemäß § 341a Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 171 Abs. 1 Aktiengesetz und § 8 Abs. 2 g) der Satzung der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig und § 2 Abs. 2 g) der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates den gesonderten nicht-finanziellen Bericht der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig 2021 festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.



Christoph Schulz, Vorsitzender des Aufsichtsrates
Braunschweig, 21. April 2022

Vermerk des unabhängigen Wirtschaftsprüfers über eine betriebswirtschaftliche Prüfung zur Erlangung begrenzter Sicherheit über Nachhaltigkeitsinformationen

An die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig, Braunschweig

Wir haben die nichtfinanzielle Erklärung der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig (Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts), Braunschweig, (im Folgenden „Gesellschaft“ oder „Öffentliche“) für den Zeitraum vom 01. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021 (im Folgenden die „nichtfinanzielle Erklärung“) einer betriebswirtschaftlichen Prüfung zur Erlangung begrenzter Sicherheit unterzogen.

Nicht Gegenstand unserer Prüfung sind die in der nichtfinanziellen Erklärung genannten externen Dokumentationsquellen oder Expertenmeinungen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung der nichtfinanziellen Erklärung in Übereinstimmung mit §§ 315b, 315c i.V.m. 289c bis 289e HGB und Artikel 8 der VERORDNUNG (EU) 2020/852 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088 (im Folgenden die „EU-Taxonomieverordnung“) und den hierzu erlassenen delegierten Rechtsakten sowie mit deren eigenen in Abschnitt „Angaben zur EU-Taxonomie“ der nichtfinanziellen Erklärung dargestellten Auslegung der in der EU-Taxonomieverordnung und den hierzu erlassenen delegierten Rechtsakten enthaltenen Formulierungen und Begriffe. Die Berichtskriterien umfassen auch die Transparenzstandards des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) für die Berichterstattung unternehmerischer Nachhaltigkeitsleistungen.

Diese Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft umfasst die Auswahl und Anwendung angemessener Methoden zur nichtfinanziellen Berichterstattung sowie das Treffen von Annahmen und die Vornahme von Schätzungen zu einzelnen nichtfinanziellen Angaben, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung einer nichtfinanziellen Erklärung zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Angaben ist.

Die EU-Taxonomieverordnung und die hierzu erlassenen delegierten Rechtsakte enthalten Formulierungen und Begriffe, die noch erheblichen Auslegungsunsicherheiten unterliegen und für die noch nicht in jedem Fall Klarstellungen veröffentlicht wurden. Daher haben die gesetzlichen Vertreter ihre Auslegung der EU-Taxonomieverordnung und der hierzu erlassenen delegierten Rechtsakte im Abschnitt „Angaben zur EU-Taxonomie“ der nichtfinanziellen Erklärung niedergelegt.

Sie sind verantwortlich für die Vertretbarkeit dieser Auslegung. Aufgrund des immanenten Risikos, dass unbestimmte Rechtsbegriffe unterschiedlich ausgelegt werden können, ist die Rechtskonformität der Auslegung mit Unsicherheiten behaftet.

Unabhängigkeit und Qualitätssicherung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wir haben die deutschen berufsrechtlichen Vorschriften zur Unabhängigkeit sowie weitere berufliche Verhaltensanforderungen eingehalten.

Unsere Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wendet die nationalen gesetzlichen Regelungen und berufsständischen Verlautbarungen – insbesondere der Berufssatzung für Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer (BS WP/vBP) sowie des vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) herausgegebenen IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an und unterhält dementsprechend ein umfangreiches Qualitätssicherungssystem, das dokumentierte Regelungen und Maßnahmen in Bezug auf die Einhaltung beruflicher Verhaltensanforderungen, beruflicher Standards sowie maßgebender gesetzlicher und anderer rechtlicher Anforderungen umfasst.

Verantwortung des Wirtschaftsprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Prüfungsurteil mit begrenzter Sicherheit über die nichtfinanzielle Erklärung abzugeben.

Wir haben unsere betriebswirtschaftliche Prüfung unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised): „Assurance Engagements other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“, herausgegeben vom IAASB durchgeführt. Danach haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir mit begrenzter Sicherheit beurteilen können, ob uns Sachverhalte bekannt geworden sind, die uns zu der Auffassung gelangen lassen, dass die nichtfinanzielle Erklärung der Gesellschaft, mit Ausnahme der in der nichtfinanziellen Erklärung genannten externen Dokumentationsquellen oder Expertenmeinungen, in allen wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit §§ 315b, 315c i.V.m. 289c bis 289e HGB, den Sustainability Standards der Global Reporting Initiative und der EU-Taxonomieverordnung und den hierzu erlassenen delegierten Rechtsakten sowie der in Abschnitt „Angaben zur EU-Taxonomie“ der nichtfinanziellen Erklärung dargestellten Auslegung durch die gesetzlichen Vertreter aufgestellt worden ist.

Bei einer betriebswirtschaftlichen Prüfung zur Erlangung einer begrenzten Sicherheit sind die durchgeführten Prüfungshandlungen im Vergleich zu einer betriebswirtschaftlichen Prüfung zur Erlangung einer hinreichenden Sicherheit weniger umfangreich, sodass dementsprechend eine erheblich geringere Prüfungssicherheit erlangt wird. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Wirtschaftsprüfers.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir u.a. folgende Prüfungshandlungen und sonstige Tätigkeiten durchgeführt:

- Verschaffung eines Verständnisses über die Struktur der Nachhaltigkeitsorganisation und über die Einbindung von Stakeholdern
- Befragung der gesetzlichen Vertreter und relevanter Mitarbeiter, die in die Aufstellung der nichtfinanziellen Erklärung einbezogen wurden, über den Aufstellungsprozess, über das auf diesen Prozess bezogene interne Kontrollsystem sowie über Angaben in der nichtfinanziellen Erklärung
- Analytische Beurteilung von ausgewählten Angaben der nichtfinanziellen Erklärung

- Einsichtnahme und Prüfung ausgewählter Dokumente (Prüfungsnachweise), die die Angaben in der nichtfinanziellen Erklärung belegen
- Einschätzung der Konzeption und der Implementierung von Systemen und Prozessen für die Ermittlung, Verarbeitung und Überwachung der Angaben, einschließlich der Konsolidierung der Daten
- Beurteilung der Darstellung der nichtfinanziellen Erklärung
- Beurteilung des Prozesses zur Identifikation der taxonomiefähigen Wirtschaftsaktivitäten und der entsprechenden Angaben in der nichtfinanziellen Erklärung

Die gesetzlichen Vertreter haben bei der Ermittlung der Angaben gemäß Artikel 8 der EU-Taxonomieverordnung unbestimmte Rechtsbegriffe auszulegen. Aufgrund des immanenten Risikos, dass unbestimmte Rechtsbegriffe unterschiedlich ausgelegt werden können, sind die Rechtskonformität der Auslegung und dementsprechend unsere diesbezügliche Prüfung mit Unsicherheiten behaftet.

Prüfurteil

Auf der Grundlage der durchgeführten Prüfungshandlungen und der erlangten Prüfungsnachweise sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Auffassung gelangen lassen, dass die nichtfinanzielle Erklärung der Gesellschaft für den Zeitraum vom 01. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021 in allen wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit §§ 315b, 315c i.V.m. 289c bis 289e HGB, den Transparenzstandards des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) für die Berichterstattung unternehmerischer Nachhaltigkeitsleistungen und der EU-Taxonomieverordnung und den hierzu erlassenen delegierten Rechtsakten sowie der in Abschnitt „Angaben zur EU-Taxonomie“ der nichtfinanziellen Erklärung dargestellten Auslegung durch die gesetzlichen Vertreter aufgestellt worden ist. Wir geben kein Prüfungsurteil zu den in der nichtfinanziellen Erklärung genannten externen Dokumentationsquellen oder Expertenmeinungen ab.

Verwendungszweck des Vermerks

Wir weisen darauf hin, dass die Prüfung für Zwecke der Gesellschaft durchgeführt und der Vermerk nur zur Information der Gesellschaft über das Ergebnis der Prüfung bestimmt ist. Folglich ist er möglicherweise für einen anderen als den vorgenannten Zweck nicht geeignet. Somit ist der Vermerk nicht dazu bestimmt, dass Dritte hierauf gestützt (Vermögens-) Entscheidungen treffen. Unsere Verantwortung besteht allein der Gesellschaft gegenüber. Dritten gegenüber übernehmen wir dagegen keine Verantwortung. Unser Prüfungsurteil ist in dieser Hinsicht nicht modifiziert.

Auftragsbedingungen und Haftung

Für diesen Auftrag gelten, auch im Verhältnis zu Dritten, die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017 (<https://www.mazars.de/Home/Services/Audit-Assurance/Auftragsbedingungen>) sowie unsere Besonderen Auftragsbedingungen für Prüfungen und prüfungsnahen Leistungen vom 1. Juni 2019. Bezüglich der Allgemeinen Auftragsbedingungen verweisen wir ergänzend auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsregelungen und auf den Haftungsausschluss gegenüber Dritten. Dritten gegenüber übernehmen wir keine Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten, es sei denn, dass wir mit dem Dritten eine anders

lautende schriftliche Vereinbarung geschlossen hätten oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir keine Aktualisierung des Vermerks hinsichtlich nach seiner Erteilung eintretender Ereignisse oder Umstände vornehmen, sofern hierzu keine rechtliche Verpflichtung besteht. Wer auch immer das in vorstehendem Vermerk zusammengefasste Ergebnis unserer Tätigkeit zur Kenntnisnimmt, hat eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und in welcher Form er dieses Ergebnis für seine Zwecke nützlich und tauglich erachtet und durch eigene Untersuchungshandlungen erweitert, verifiziert oder aktualisiert.

Hamburg, 02. März 2022

Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft



Ralf Engelshove
Wirtschaftsprüfer



Kai Michael Beckmann

